

Reader der Fachtagung „Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt und Entwicklungspolitik“

29. November bis 1. Dezember 2010 in der FES Berlin

- **Und doch kein Ende der großen Theorie: Entwicklungspolitik mit Keynes**
- **Hochschulbildung und Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung**
- **Energie für nachhaltige Entwicklung – Chancen, Herausforderungen und Notwendigkeiten**
- **Ein „weniger europäisches“ Mittelmeer? Europarepräsentationen in der Auseinandersetzung mit der arabischen Welt in Deutschland und Frankreich in den 1990er Jahren**
- **Ethnographie und Biographieanalyse entwicklungspolitischer Organisationen in Lateinamerika und Europa**
- **Quo vadis Nordafrika?
Wirtschaftspolitik in Marokko zwischen Rentierstaatlichkeit und kapitalistischer Marktwirtschaft**
- **Goodbye to Good Governance?
How the development discourse copes with state failure**

Impressum
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Studienförderung
Mai 2011
Redaktion: Gerda Axer-Dämmer
Redaktionelle Mitarbeit: Julia Vater
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung
ISBN 978-3-86872-732-6

**Reader der Fachtagung
„Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt
und Entwicklungspolitik“**

29. November bis 1. Dezember 2010 in der FES Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Studienförderung
2011

Inhalt

Vorwort	
Martin Gräfe	5
Und doch kein Ende der großen Theorie: Entwicklungspolitik mit Keynes	
Hartmut Elsenhans	7
Hochschulbildung und Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung	
Sascha Czornohus	27
Energie für nachhaltige Entwicklung – Chancen, Herausforderungen und Notwendigkeiten	
Katrin Dobersalske	37
Ein „weniger europäisches“ Mittelmeer? Europarepräsentationen in der Auseinandersetzung mit der arabischen Welt in Deutschland und Frankreich in den 1990er Jahren	
	45
Grafik	
Johan Grußendorf	53
Ethnographie und Biographieanalyse entwicklungspolitischer Organisationen in Lateinamerika und Europa	
René Michalsky	55
Quo vadis Nordafrika? Wirtschaftspolitik in Marokko zwischen Rentierstaatlichkeit und kapitalistischer Marktwirtschaft	
Stefanie Slaoui-Zirpins	63

Goodbye to Good Governance? How the development discourse copes with state failure	
Tobias Debiel	75
Autoreninfos	96
Programm	98

Vorwort

Vom 29. November bis 1. Dezember 2010 führte die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Fachtagung für Stipendiat/innen der Graduiertenförderung zum Thema „Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt und Entwicklungspolitik“ durch. Die Tagung fand in der FES Berlin statt und wurde wie alle vorherigen 12 Fachtagungen im Zeitraum 2005 bis 2010 von Elena Espinosa und Martin Gräfe konzipiert und durchgeführt.

Mit der entwicklungspolitischen Fachtagung verbanden sich zwei Zielsetzungen: Es ging um eine wissenschaftliche Standortbestimmung sowie um eine Analyse des Diskurses zum Thema Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt. Wie sind Entwicklungsprozesse in den Ländern der südlichen Hemisphäre vor dem Hintergrund sich wandelnder Rahmenbedingungen, wie wir sie in den letzten beiden Dekaden erfahren haben, zu bewerten und zu deuten? Hierzu gehören eine zunehmende wirtschaftliche, politische und kulturelle Globalisierung, damit verbundene Veränderungen in der Weltwirtschaftsordnung und die Verlagerung zentraler Konfliktlinien. Zum anderen wurden Praxis und Theorie kritisch unter die Lupe genommen: Verbessert die derzeitige entwicklungspolitische Praxis die Lebenssituation der Menschen in der Dritten Welt nachhaltig oder erfüllt sie eher Alibifunktionen und ist im Prinzip nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein? Auch der aktuelle entwicklungspolitische Paradigmenwechsel unter „Schwarz-Gelb“ war Thema der Fachtagung.

Beide Fragestellungen wurden in einer Mischung aus externen Vorträgen von Wissenschaft und Politik sowie der Präsentation ausgewählter Promotionsvorhaben diskutiert. Hieraus ist der vorliegende Reader entstanden. Wir würden uns freuen, wenn er nicht nur die Teilnehmer/innen sondern auch andere an entwicklungspolitischen Fragen interessierte Stipendiat/innen zum weiteren Nachdenken und Handeln anregt. Die Aufsätze dokumentieren auch die Bandbreite entwicklungssoziologischer Diskussionsansätze. Allein die aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln gehaltenen Vorträge von *Hartmut Elsenhans* als an den Maximen von Keynes orientierter Entwicklungsökonom einerseits, sowie von *Tobias Debiel* als Politikwissenschaftler andererseits, der die Konstruktion und die faktische Abkehr vom Leitbild einer Good

Governance in der Entwicklungszusammenarbeit in seinen Ausführungen skizzierte, zeigen die Reichweite wissenschaftlicher Diskursansätze.

Die Debatte zum Stand der gegenwärtigen bundesdeutschen und internationalen Entwicklungspolitik, bereichert durch die Referate von *Sascha Raabe*, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und *Jochen Steinhilber*, Referatsleiter im Grundsatzreferat des Arbeitsbereichs Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) der FES, führte allen Teilnehmer/innen in fast schon bedrückender Weise vor Augen, wie wenig sich tut im Hinblick auf die Erreichung von entwicklungspolitischen Zielsetzungen im globalen Maßstab.

Auch eine wohlwollende Betrachtung, die zumindest den vorhandenen Reformwillen, auf institutioneller Ebene sinnvolle Veränderungen vorzunehmen, konzidiert, konnte nicht den Blick davor verschließen, dass es zur Zeit ein konzeptionelles Vakuum in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gibt.

Dennoch war allen Teilnehmer/innen klar, dass man sich weiter für eine fundierte und nachhaltige Entwicklungspolitik einsetzen muss. In diesem Sinne, so hoffen wir, hat die Fachtagung Anregungen und Impulse gegeben.

Martin Gräfe

Und doch kein Ende der großen Theorie: Entwicklungspolitik mit Keynes

Hartmut Elsenhans

Entwicklungspolitik unter Bedingungen konstruktivistischer und postkolonialer ideologischer Hegemonie¹

Entwicklungspolitik kann sinnvoll definiert werden als Versuch, mit politischer Intervention in Preise, Einkommensverteilung und Eigentumsrechte von Seiten der nicht-ökonomischen Teilsysteme der sozioökonomischen „Totalität“ (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur, in unterschiedlichen Konfigurationen) Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit von tendenziell sich selbst steuernden Märkten, also: Grundlagen für kapitalistisches Wachstum, zu schaffen.

Entwicklungspolitik liegt damit eine keynesianische Sicht von Marktwirtschaft zu Grunde. Märkte schaffen nicht automatisch Vollbeschäftigung, Wachstum und vor allem auch nicht Profit. Profit wird hier entsprechend der klassischen politischen Ökonomie seit Adam Smith als eine besondere Form des wirtschaftlichen Überschusses verstanden, der von Rente und Steuer zu trennen ist, weil Profit unter Bedingungen vollständiger Konkurrenz angeeignet wird und deshalb nicht für Luxuskonsum, sondern tendenziell nur für Innovation, Produktivität und letztlich auch Beschäftigung steigernde Investitionen verwendet werden muss. Die Progressivität von Kapitalismus besteht gerade in dieser wirtschaftlich und gesellschaftlich bestimmten Verwendung wirtschaftlichen Überschusses.

Für die Definition der Herausforderungen für Entwicklungspolitik sind zwei in der keynesianischen Makroökonomie besonders thematisierte Zusammenhänge von Bedeutung: Profite haben ihre makroökonomische Grundlage in Ausgaben privater Unternehmer für Nettoinvestitionen, also nicht in den Auswirkungen der Nettoinvestitionen auf die Produktivität, und erfordern steigende Nachfrage, letztlich für mit Maschi-

¹ Da der Text notwendig knapp die Thesen aufweist, die für meinen Ansatz konstitutiv sind, verweise ich für die weitere Lektüre nur auf eigene Beiträge, in denen der jeweilige Zusammenhang ausführlich und mit Diskussion der Literatur behandelt wird.

nen produzierte Produkte.² Diese Nachfrage kann nicht ausschließlich vom Verbrauch und der Akkumulation von Investitionsgütern kommen, sondern erfordert auch eine steigende Massennachfrage. Kapitalismus hängt damit von einem Kräfteverhältnis zwischen "Oben" und "Unten" ab, in dem "Unten", d.h. die Subalternen, nachhaltigen Einfluss ausüben können und auf diese Weise am Ergebnis des Produktivitätsfortschritts beteiligt bleiben.

Ausgaben für Investitionen bestimmen den gesamtwirtschaftlichen Profit unabhängig von ihrer Effizienz

Ich präsentiere ein einfaches makroökonomisches Modell mit zwei Klassen, Arbeitnehmern und Unternehmern. Es gibt deshalb zwei Einkommensarten, Lohn (L) und Profit (P). In ihrer Funktion als (disponierende, und Innovation durchsetzende) Arbeitskräfte erhalten Unternehmer einen Leitungslohn. Als Eigentümer von Produktionsmitteln erhalten sie einen Anteil am gesamtwirtschaftlichen Profit. Weiter nehmen wir an, dass alle Löhne, einschließlich des Leitungslohns der Unternehmer (aber keine Profite), für Konsumgüter ausgegeben werden. Es werden zwei Güterarten produziert, Konsumgüter (C) und Investitionsgüter (I), die das Volkseinkommen (Y) bilden. Zur Vereinfachung vernachlässigen wir den Staatssektor: Der Staat gäbe so viel aus, wie er als Steuern einnimmt. Es kann Außenhandel geben, doch nehmen wir an, dass er ausgeglichen ist und deshalb vom Außenhandel keine Wachstum steigenden Nachfrageimpulse ausgehen.

Mithilfe einfacher Definitionen und algebraischer Umwandlungen ergibt sich:

$$(1) \quad Y = L \text{ plus } P$$

$$(2) \quad Y = C \text{ plus } I$$

Alle Konsumgüter werden mit Lohneinkommen gekauft, also

$$(3) \quad C = L(C) \text{ plus } L(I)$$

² Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung. Vom Zeitalter der Entdeckungen zum 1. Weltkrieg. Herausgegeben mit einem Vorwort von Matthias Middell [1976] (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2007). "Rising Mass Incomes as a Condition of Capitalist Growth: Implications for the World Economy", in: International Organization, 37, 1 (Winter 1983); S. 1-38. "Égalité et développement. L'expérience européenne et le monde sous-développé d'aujourd'hui", in: Cultures et développement, 15, 2 (1983); S. 187-216.

wobei $L(C)$ und $L(I)$ die Lohnzahlungen in der Konsumgüter- und der Investitionsgüterbranche bezeichnen. In der Konsumgüterproduktion sind als Einkommen entstanden:

$$(4) \quad C = L(C) \text{ plus } P(C)$$

Ebenso für die Investitionsgüterproduktion:

$$(5) \quad I = L(I) \text{ plus } P(I)$$

Aus (3) und (4):

$$(6) \quad L(I) = P(C)$$

Aus (5) und (6):

$$(7) \quad I = P(C) \text{ plus } P(I) = P$$

Der gesamtwirtschaftliche Profit ist genauso hoch wie die Nettoinvestitionsausgaben. Nur wenn es Konsumenten von Konsumgütern gibt, die Einkommen erzielen, ohne Konsumgüter produziert zu haben, können die Unternehmen, die Konsumgüter produzieren, ihre Konsumgüter zu einem höheren Bruttoerlös verkaufen, als die Gesamtsumme ihrer Kosten, die sie als Einnahmen an andere bezahlt haben. Solche Kosten fallen direkt im Produktionsprozess oder für Vorprodukte an. Diese verursachen wiederum Kosten für Arbeitskraft und Vorprodukte, so dass die Gesamtsumme aller Kosten letztlich die Summe der gesamten Arbeitskosten ist, die in die Produktion der Konsumgüter eingehen (sie enthalten die Kosten von Vorprodukten und der „verbrauchten“ Maschinen, Abschreibungskosten). Solche zusätzlichen Einkommen kommen nur zustande, wenn es Lohnempfänger gibt, die nicht Konsumgüter, sondern Investitionsgüter produzieren.

Die Abhängigkeit von Profiten (unter vollständigem Wettbewerb) von den Investitionsausgaben, und nicht der Investitionsausgaben von schon erwirtschafteten Profiten, ist die grundlegende Innovation der keynesianischen Makroökonomie gegenüber der Klassik.³

³ *Éléments pour une théorie de l'importance de la demande dans la croissance capitaliste. Texte de recherche 33* (Paris: Institut d'Etude du Développement Economique et Social, 1996).

Nettoinvestitionen erfordern wachsende Masseneinkommen

Wir betrachten unser einfaches Modell unter Wachstumsgesichtspunkten. Kleinbuchstaben indizieren die Wachstumsraten, i für die Investitionen (I), y für das Volkseinkommen (Y), und k für den Kapitalstock (K). Weil in unserem einfachen Modell das Volkseinkommen aus Konsum und Investitionen besteht gilt

$$(8) \quad yY = cC + iI$$

Soll die Wirtschaft vornehmlich über Investitionsausgaben wachsen, ergibt sich als Definition

$$(9) \quad i > y$$

Das Volkseinkommen hängt bei konstantem Arbeitsvolumen vom Umfang des Kapitalstocks und der Kapitalproduktivität ($b = Y/K$), also dem Kehrwert des Kapitalkoeffizienten ab:

$$(10) \quad Y = bK$$

Kommt es zu keiner Verschlechterung der Kapitalproduktivität, dann muss bei einer höheren Wachstumsrate der Investitionen im Vergleich zur Wachstumsrate des Volkseinkommens von Periode zu Periode die Wachstumsrate des Kapitalstocks steigen. In einer *Periode 1* liegt die Wachstumsrate des Volkseinkommens auf der Höhe der Wachstumsrate des Kapitalstocks der Vorperiode. In dieser Periode 1 ist die Wachstumsrate der Investitionen höher als die Wachstumsrate des Volkseinkommens, also auch höher als die Wachstumsrate des Kapitalstocks der Vorperiode. In der *Periode 2* steigt deshalb die Wachstumsrate des Kapitalstocks gegenüber der Periode 1, während gleichzeitig die Wachstumsrate der Investitionen und damit die Wachstumsrate des Kapitalstocks und, daraus folgend, des Volkseinkommens, in einer daran anschließenden *Periode 3* weiter steigen wird.

Mindestens konstante Kapitalproduktivität ist für kapitalistische Technologiewahl realistisch. Kapitalistische Unternehmer können neue Technologien nur dann einführen, wenn durch deren Anwendung die Stückkosten gesenkt werden. Höhere Kapitalkosten pro Einheit müssen dann durch entweder niedrigere Arbeitskosten oder niedrigere Produktkosten kompensiert werden. Im Kern besagt das Bortkiewicz/Okishio-

Theorem⁴, dass wegen des Kriteriums der notwendigerweise sinkenden Stückkosten wachsende Investitionen zu Kapazitätseffekten führen, die nicht durch die Nachfrage nach zusätzlichen Investitionsgütern ausgelastet werden, so dass andere Elemente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wachsen müssen, um Beschäftigungsverluste durch Rationalisierungsinvestitionen zu vermeiden. Allerdings können neue Produkte, die mit alten nicht konkurrieren, durch hohe Kapitalkosten pro Stück gekennzeichnet sein. Neue Produkte, die mit alten nicht konkurrieren und diese nicht ersetzen, können aber nur dann auf Nachfrage stoßen, wenn Konsumenten über zusätzliche Einkommen verfügen. Dies könnten Privilegierte sein, die Zugang zu neuen Luxuskonsumgütern erhalten. Bei vollkommenen Arbeitsmärkten können die Privilegierten aber höhere Einkommen als die durchschnittlich Qualifizierten nur in dem Maß durchsetzen, in dem ihre Arbeit höhere Ausbildungskosten oder höheres Arbeitsleid verursacht, nicht aber in dem Maße, wie ihre Arbeit technisch produktiver ist als die Arbeit der weniger Qualifizierten. Seit 500 Jahren ist die Produktivität der Friseure wenig gestiegen, wohl aber ihre Einkommen, und zwar weil die technische Produktivität der Arbeiter in anderen Branchen gestiegen ist.

Bei vollkommenen Arbeitsmärkten besteht die Lösung für das aufgezeigte Problem des minimalen Wachstums der Produktion im Verhältnis zum Wachstum des Kapitalstocks ausschließlich in der Steigerung der Masseneinkommen, weil die Steigerung der Einkommen der Privilegierten die Einschränkung des Marktmechanismus auf den Arbeitsmärkten voraussetzte, und Lenins Akkumulation über das vorrangige Wachstum der Abteilung I⁵ im Kapitalismus im Unterschied zum real existierenden Sozialismus der vergangenen Zeit wegen des Bortkiewicz/Okishio-Kriteriums zu explosionsartigem Wachstum führen müsste. Die dazu notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität würde bis zum Absinken des Anteils von Arbeit am Volkseinkommen nahe Null unrealistisch hoch sein.⁶

⁴ Beide haben voneinander unabhängig begründet, dass die Profitrate entgegen der These von Marx durch Kapitalintensivierung nicht fallen kann, weil im Kapitalismus nur Technologien als neu eingeführt werden können, die die Stückkosten senken. Vgl. Bortkiewicz, Ladislaus von: "Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System (3)", in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 25, 2 (1907); S. 455-461. Okishio, Nobuo: "Technical Change and the Rate of Profit", in: *Kobe University Economic Review*, 7 (1961); S. 85-99.

⁵ Die Herstellung von Investitionsgütern.

⁶ "Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer", in: Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Technik und internationale Politik* (Baden-Baden: Nomos, 1986); S. 267-290.

Steigende Masseneinkommen erweitern die Nachfrage nach einfachen Produkten, bei denen es vor allem auf den Gebrauchswert, weniger auf die Besonderheit des Produkts ankommt, die dem Konsumenten Distinktion gegenüber anderen verschaffen könnte. Weil Maschinen selbst unter den Bedingungen mikroelektronischer Steuerung repetitive Schritte ausüben, wird der Einsatz von Maschinen begünstigt, wenn sich die Nachfrage vor allem auf einfache standardisierte Produkte richtet. Das Beispiel der Überlegenheit der USA gegenüber England schon im frühen 19. Jahrhundert kann hier genannt werden. Je umfangreicher der Einsatz von Maschinen sowohl durch Rationalisierung in einzelnen Produktionszweigen als auch durch Maschinisierung neuer Produktionsbereiche, desto höher die Möglichkeit der Ausgaben für Nettoinvestitionen und damit desto größer der gesamtwirtschaftliche Profit. Steigende Masseneinkommen vermindern gleichzeitig den durch Produktivitätswachstum entstehenden finanziellen Überschuss, der nach Anlagemöglichkeiten sucht oder durch Abschaffung der Konkurrenz von den Reichen in politisch abgesicherte Renten verwandelt werden muss, und vergrößern die Möglichkeiten, finanzielle Überschüsse in reale Investitionen zu verwandeln.

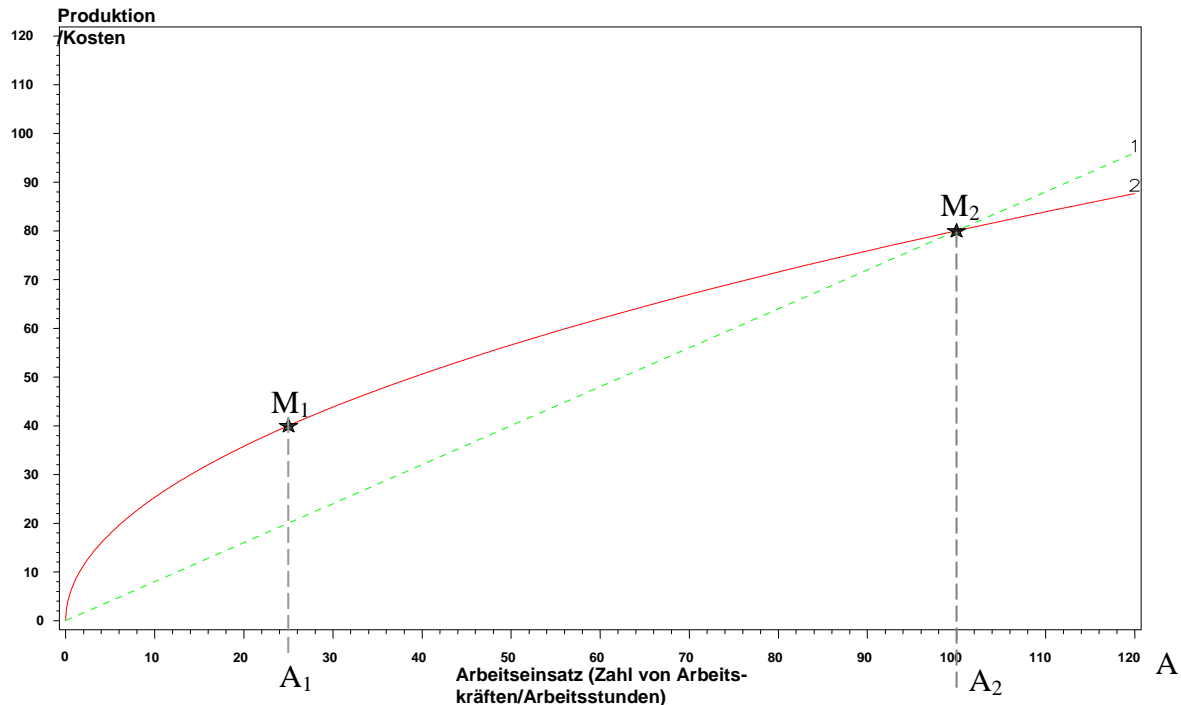
Für die Genese von Kapitalismus, sein Wachstum und die Bekämpfung von Renten, die von den Privilegierten stets angestrebt werden, auch wenn sie zunächst kapitalistische Unternehmer sein sollten, sind steigende Masseneinkommen und damit Verhandlungsmacht der Unterschichten, also bei Generalisierung von Lohnarbeit der Lohnarbeiter entscheidend, auch wenn sich dieser Zusammenhang im betriebswirtschaftlichen Kalkül der einzelnen Unternehmer nicht abbildet. Insofern erfordert Kapitalismus auch politischen Einfluss, vielleicht nicht unbedingt politische Herrschaft der Vielen, da zwangsläufig die unumschränkte Herrschaft der Wenigen der sich in Wirtschaftsdingen kompetent Glaubenden (in Deutschland: die Wirtschaft) die Grundlagen kapitalistischer wirtschaftlicher Gleichgewichte zerstören muss.

Es gibt keine Automatik des "Empowerment" der Subalternen als Ergebnis eines "zivilisatorischen Prozesses"

Für mein Argument ist ein zweites Modell, das Marginalität-cum-Rente-Modell, zentral. Es besagt, dass mit wachsender technischer Beherrschung der Natur und demographischem Wachstum gesellschaftliche Differenzierungen auftreten, die politikökonomisch ihre Grundlagen in Renten haben. Renten sind ökonomischer Überschuss,

also wirtschaftliches Mehrprodukt, das mithilfe politischer Macht auch dann angeeignet werden kann, wenn sich keine territorial basierten Strukturen gebildet haben (wie für Steuern), aufgrund derer die Eingrenzung in Raum und Zeit institutionalisierte Verantwortlichkeiten (im Gegensatz zu bilateralen „persönlichen“ Macht- und Reziprozitätsstrukturen) hätte entstehen lassen. Dies mit der Folge, dass vom Machtkern Ausgeschlossene (nicht notwendig Mehrheiten wie in der Demokratie) durch Voice und Exit Partizipation einfordern könnten. Ich will das Modell hier nur kurz skizzieren:

Bei noch geringer Beherrschung der Naturkräfte steigen die Erträge pro zusätzlichem Arbeitseinsatz zumindest ab einer bestimmten Schwelle langsamer als der Arbeitseinsatz, z.B. weil immer schlechtere Böden bearbeitet werden müssen.⁷ Weiteres demographisches Wachstum vorausgesetzt, sinken die zusätzlichen Erträge im Vergleich zur zusätzlichen Arbeit. Wer nur den Ertrag solcher „zusätzlicher Arbeit“ erhält, z.B. weil er auf die schlechteren Böden abgedrängt wird, erwirtschaftet dann weniger als seine Reproduktionskosten, obwohl insgesamt die Gemeinschaft noch einen Überschuss produziert. Er muss sich in Abhängigkeit von den reicheren, wohl den reichsten Haushalten begeben, die er politisch unterstützt.



⁷ "Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung", in: Schäfer, Hans Bernd (Hg.): *Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern. Schriften des Vereins für Socialpolitik*, 246 (Berlin: Duncker und Humblot, 1995); S. 193-221. "Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism", in: *Pakistan Development Review*, 33, 4 (Dezember 1994); S. 393-428.

M1 Produktionsniveau mit maximalem Überschuss

M2 Produktionsniveau bei maximalem Arbeitseinsatz

A1 Maximaler Arbeitseinsatz, der Überschuss erwirtschaftet

A2 Maximaler Arbeitseinsatz

Die Gesellschaft kann überleben bis zur Bevölkerungshöhe A2, doch schon jenseits der Bevölkerungshöhe A1 entsteht eine Überschussbevölkerung, die selbst keinen wirtschaftlichen Überschuss produziert und damit von anderen abhängig ist. Bei gleicher Qualifikation wie der Masse der Bevölkerung wird auch deren Verhandlungsspielraum eingeschränkt. Sobald einzelne Gruppen (Familien, imaginierte Verbände, Altersklassen, ethnische Gruppen wie Eroberer oder auch die schon Ansässigen gegen Zuwanderer) andere ausschließende Zugriffsrechte auf komplementäre Ressourcen wie Land durchsetzen können, entstehen Defizithaushalte, die marginal sind, weil sie weniger erwirtschaften, als sie zum Überleben brauchen. Zwar setzten solche die Differenzierungsprozesse schon vor Ackerbau und Viehzucht ein. Mit der neolithischen Revolution wird allerdings die Erzeugung eines wirtschaftlichen Mehrprodukts und damit Schichtung und Ungleichheit unvermeidlich.

Bei Ackerbau fällt die Entscheidung über die erwartete Produktionshöhe und die Realisierung der Produktion zeitlich auseinander. Zwischen beiden liegt eine durch Unsicherheit (Wetter) geprägte Periode. Ökonomisch rational ist ein Niveau der Aussaat, bei dem unter den Bedingungen einer unterdurchschnittlich günstigen Witterungsperiode die erreichte Ernte bis zur nächsten Ernte reicht. Man muss mehr produzieren als durchschnittlich notwendig wäre. Damit ist das Auftreten eines Mehrprodukts statistisch unausweichlich. Seine Verwaltung bedarf einer rechtlichen Einbettung und der gesellschaftlichen Organisation zur Sicherung von Nutzungsrechten und zur Vergleichbarmachung unterschiedlicher konkreter Arbeit. Im Übergang zu Ackerbau und Viehzucht liegen Ursachen für wenigstens funktionale Hierarchien, Zentralisierung und Arbeitsteilung (z.B. spezialisierte „Kämpfer“). Die Vergleichbarkeit unterschiedlicher konkreter Arbeit, Marxens Reduktionsproblem, ohne Arbeitsmärkte erfordert Ämter zur Streitschlichtung, die Schichtung begünstigen.

Weil „Defizithaushalte“ trotz voller Ausschöpfung ihres Arbeitspotentials wegen sinkender Grenzerträge nicht immer oder nicht im Regelfall für das Überleben zwischen

zwei Ernten ausreichend produzieren, ist in ihren Augen die Bekämpfung sozialer Differenzierung durch die (zunächst übliche) rituelle Zerstörung des Mehrprodukts als Form der Gewinnung der Unterstützung transzendentaler Kräfte dysfunktional. Sie erfinden deshalb andere Formen des Zugangs zu Transzendenz. Sie „bieten“ als rational die Besänftigung der transzendentalen Welt durch ihre Dienste an, die in der landwirtschaftlichen Produktion (sinkender Grenzertrag) weniger als der für diese besonderen und neuen Dienste erbetene „Lohn“ erbringen. Dazu müssen die Bessergestellten gewonnen werden: „Wir beten für Euch, weil den mächtigen Ahnen permanenter Gottesdienst mehr bringt als periodische Feste. Dafür sorgt Ihr für eine neue Verwendung des Mehrprodukts auch zu unserem Unterhalt.“ Die Defizithaushalte werden damit zur politischen Basis für die Förderung der Macht der Bessergestellten, letztlich des sakralen Königtums.

Weil bei niedriger Agrarproduktivität Defizitfarmer auftreten müssen, sofern das demographische Wachstum nicht begrenzt wird, können die ursprünglichen egalitären Züge der gemeinschaftlichen Produktionsweisen nicht dauerhaft erhalten werden. Die Transformation afrikanischer Produktionsweisen und die Debatte über die Staatsbildung in Südindien beschreiben den Vorgang.

Solche Ungleichheit kann sich verfestigen. Wir sprechen dann von "tributären" Produktionsweisen mit starker Polarisierung der Einkommen, politischer Aneignung des Mehrprodukts (Steuer zentral und Rente dezentral, mit zyklischen Bewegungen zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung, einem Aspekt des dynastischen Zyklus) und Konzentration der Nachfrage nach gewerblichen Produkten auf die Exzellenz, bei der eine besondere Form des technischen Fortschritts, die künstlerische Qualität und die Singularität des Produktes gefördert werden, also eben nicht die Herstellung einfacher Produkte in Standardqualität und großer Zahl mithilfe von Maschinen. Die ganze Diskussion über die Überlegenheit Asiens gegenüber Europa vor dem 17. Jahrhundert geht zu Unrecht von der Einheitlichkeit des technischen Fortschritts aus.⁸

⁸ "Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft", in: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979); S. 101-148.

Die Vertiefung der unausweichlichen Ungleichheit durch unvermeidbare politische Strukturen ist auf vielfältigen Widerstand gestoßen, wobei die so genannte Achsenzeit mit ihrer in vielen Kulturkreisen ähnlich auftretenden Erfindung der gleichen Gotteskinderschaft aller Menschen besondere Hervorhebung verdient. Nur in Nordwesteuropa gelang, teilweise wegen politischem Widerstand, die nachhaltige Verknappung von Arbeit, in deren Folge die Masseneinkommen auch für unqualifizierte Arbeit steigen konnten, so dass die zunächst für alle vorkapitalistischen Produktionsweisen geltende Dreiteilung des Handwerks in wenig dynamisches Massenhandwerk, (oftmals) dynamisches Luxushandwerk und naturräumlich abhängige Produktion (Bsp. Salz) von Rohstoffen überwunden wurde.

Die Verschärfung des Problems von Renten und Ungleichheit durch die Expansion des kapitalistischen Weltsystems: Schlechtere Bedingungen des Übergangs für Nachzügler

Kapitalismus ist expansiv aber nicht notwendig ansteckend. Ausgangspunkt ist hier die Spezialisierung nach komparativen Kosten. Eine Wirtschaft kann selbst dann exportieren, wenn sie bei der Herstellung aller Güter in der Produktivität gegenüber dem Rest der Welt zurückliegt, weil der Rest der Welt, zum Beispiel eine in der Produktivität führende Wirtschaft ein Interesse an Spezialisierung hat: Es ist für eine führende Wirtschaft unsinnig, ein Produkt herzustellen, bei dem sie zwar einen Vorsprung in der Produktivität hat, dieser Vorsprung aber bei der Herstellung anderer Produkte höher ist.

Komparative Kostenvorteile haben seit der Industriellen Revolution in Nordwesteuropa zurückliegende Wirtschaften entweder in der Rohstoffproduktion oder in der Herstellung von Luxusprodukten (daraus die europäische Bewunderung Asiens bis Ende des 18. Jahrhunderts). Weil der industrielle Fortschritt nicht nur bekannte Produkte verbilligte, sondern durch Entdeckung neuer Produktionsverfahren auch neue Produkte denkbar machte, fiel die Nachfrage nach traditionellen Luxusprodukten nicht nur weltweit, sondern auch in den Hochzivilisationen Asiens zumindest vorübergehend. Deshalb wurden auch Wirtschaften wie Indien oder China auf Rohstoffexporte spezialisiert.

Rohstoffe und Luxusprodukte sind gekennzeichnet durch eine geringe Preiselastizität der Nachfrage, weil der technische Fortschritt auf Ersparnis von Rohstoffen und Verbreiterung der Massennachfrage, also letztlich auf verminderten Verbrauch dieser Produkte ausgerichtet ist (Absenkung des spezifischen Rohstoffverbrauchs im Kapitalismus lange vor der Umweltdiskussion). Wer auf preiselastische Produkte spezialisiert ist, hat ein Interesse an Freihandel und Dominanz des Marktes. Trotz sinkender Preise steigt wegen wachsender Absatzmengen der Umsatz. Im Gegensatz dazu haben die Anbieter preisunelastischer Güter ein Interesse an Mengenbegrenzung zur Steigerung der Preise, also letztlich Kontrolle des Angebots: Dies erklärt den Gegensatz zwischen Freihandelsideologie der westlichen Kolonialisten und Stärkung des Staates in den traditionellen tributären Produktionsweisen.

Insbesondere bei der Rohstoffproduktion in den wirtschaftlich rückständigen Ländern treten Differenzial- und Verbraucherrenten aus, die die Anbieter durch Kontrolle der angebotenen Mengen aneignen können. Dabei genügen Zusammenschlüsse von Anbietern aus der unterentwickelten Welt, weil die fortgeschrittenen Industrieländer höhere Kosten haben: Im Prozess der industriellen Entwicklung in den Zentren der Industrialisierung wurden dort zunächst die hochwertigen und standortnahen Lager abgebaut; (küstennahe) Lager besserer Qualität in noch unterentwickelten Regionen weisen deshalb niedrigere Produktionskosten auf. Neue Bedürfnisse entstanden wegen der wachsenden Masseneinkommen in den führenden Ländern (Kaffee, Tee...). Vergleichbare Produkte (deutsch: Ersatz) konnte Europas Landwirtschaft weder in vergleichbarer Qualität noch zu vergleichbar niedrigen Preisen herstellen. Bei vollständiger Konkurrenz sanken die Preise auf die Produktionskosten. Weil bei der Auslagerung von Primärgüterproduktionen in wirtschaftlich noch rückständige Länder nur wenige Arbeitsplätze entstanden, kam es nicht zum "Empowerment" der Subalternen. Nicht direkt im Export involvierte Produktionszweige wurden mangels Nachfrageerweiterung nicht dynamisiert. Sie unterlagen auch keinem steigenden Kostendruck aufgrund steigender Arbeitskosten. Damit blieb die durchschnittliche Produktivität niedrig (selbst bei hohen Produktivitätssteigerungen in den Exportbranchen), ebenso wie die Masseneinkommen. Weil die durchschnittlichen Löhne niedrig waren, blieben die Löhne auch in den meisten exportorientierten Branchen niedrig, und so auch die Preise. Ungleicher Tausch, schlechte (nicht unbedingt sich verschlechternde) Terms of Trade waren die Folge.

Die bei niedrigen Arbeitskosten niedrigen Wettbewerbspreise hätten sich nur durch Kontrolle der angebotenen Mengen auf das Niveau heben lassen, das im Wettbewerb gegenüber Hochkostenanbietern oder kaufkraftstarken Konsumenten aus den Industrieländern durchsetzbar war. Dazu war der Einsatz von „Staatsapparat“ nötig. Die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erstarkenden Befreiungsbewegungen des Südens, die sich für die Durchsetzung der Werte der bürgerlichen Revolution und Gleichberechtigung einsetzten, machten in ihrer säkularistisch wirtschaftlich-sozial ausgerichteten Variante die Übernahme und den Aufbau solcher zunächst von den Kolonialherren aufgebauten Staatsapparate zur Grundlage von Entwicklungspolitik. Sie konstituierten sich zu Staatsklassen⁹ und wollten Renten für Investitionen verfügbar machen. Wegen der Enge der Märkte als Folge der Armut der Massen, der fehlenden Qualifizierung von Arbeit wegen fehlender industrieller Produktionserfahrung und der Desartikulierung der Produktion wegen Niederkonkurrierung lokaler Produzenten waren diese Investitionen im Moment der Planung betriebswirtschaftlich nicht rentabel, aber im Fall einer völlig veränderten Produktion und Verteilungsstruktur rentabel und damit im Moment der Planung sinnvoll.

Ein solcher Weg der Industrialisierung erforderte ein ausdifferenziertes Modell der zukünftigen Zweigstruktur einer integrierten Wirtschaft, aus denen dann eine Road Map für sukzessive Investitionen abgeleitet werden konnte. Weil der wirtschaftliche Erfolg von Einzelentscheidungen erst durch die Verwirklichung komplementärer Maßnahmen und deren Erfolg in der Zukunft abhing, gab es wenige Möglichkeiten der begleitenden Erfolgskontrolle der einzelnen Akteure. Da die Durchsetzung der Transformation von der Zentralisierung der Rente abhing, erforderte eine solche Strategie eine zentralisierte, Mehrprodukt aneignende Klasse, die sich gegen ausländische aber auch lokale Rentiers durchsetzte und ihre Investitionsentscheidungen nicht am Rentabilitätskriterium, sondern an einer Gesamtstruktur orientieren konnte. Diese Staatsklasse war dann keiner dem Marktwettbewerb vergleichbaren Kontrolle ausgesetzt.

Damit stellt die Rente eine Chance und eine Gefahr dar. Die Chance besteht in der Möglichkeit, die Wirtschaft auf steigenden Massenkonsum durch Produktionsauswei-

⁹ Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt (Frankfurt am Main; New York: Campus, 1981).

tung auch mit Erweiterungsinvestitionen und Beschäftigungsaufbau umzustrukturieren und dabei schrittweise sogar lokal produzierte Investitionsgüter einzusetzen. Die Gefahr besteht in der Aufhebung des Zwangs zu wirtschaftlichem Wettbewerb auf anonymen Märkten. Manager und Belegschaften können die unbestreitbaren, der Unterentwicklung geschuldeten strukturellen Blockierungen dazu nutzen, um von eigenem Versagen und Privilegien abzulenken, und dies umso besser, wenn sie sich mit anderen vernetzen, die ein gleichgerichtetes Interesse am Unterlaufen von wirtschaftlicher und politischer Kontrolle haben.

Entwicklungspolitik als Versuch zur möglichst effizienten Verwendung von Renten¹⁰

Entwicklungspolitik ist untrennbar mit Rente verknüpft und damit den Chancen und Gefahren unterworfen, die Renten hervorrufen.¹¹ Für den einen Typ von Entwicklungspolitik, die importsubstituierende Industrialisierung, ist dieser Zusammenhang offensichtlich. Ineffizienzen dieser Strategie als Folge des Schutzes von (öffentlichen, aber auch privaten) Unternehmen vor Konkurrenz sind wesentlicher Bestandteil der neueren Kritik staatlicher Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern. Allerdings zeigt die breite Literatur, die auf die Rolle der importsubstituierenden Industrialisierung für die Vorbereitung auf Wettbewerbsfähigkeit der Exportorientierung verweist, dass dort importsubstituierende Industrialisierung erfolgreich war, wo sie auf aufnahmefähige Märkte stieß, wo Großserienproduktion und dabei wegen ausreichender Produktionsvolumina auch lokale Investitionsgüterproduktion möglich waren (China, Brasilien, teilweise Indien). Die besten Erfolge wurden dort erzielt, wo durch Strukturreformen die Massennachfrage gewachsen war (.Korea, Taiwan, Mexiko)¹².

¹⁰ "The Relevance of the Principles of Keynesian Economics for the Transition to Capitalism, in: "Today's Underdeveloped World", in: Davidson, Paul; Kregel, Jan A. (Hg.): *Improving the Global Economy. Keynesianism and the Growth in Output and Employment* (Cheltenham: Edward Elgar, 1997); S. 283-303.

¹¹ "Overcoming Rent by Using Rent: The Challenge of Development", in: *Intervention*, 1, 1 (2004); S. 87-115. "Economic Development as a Concept to Explain Reality", in: *Convergence Asia*, 2, 4 (Oktober-Dezember 2004); S. 1-27. Spanisch: "El desarrollo económico como un concepto para explicar la realidad", in: Campos Aragón, Leticia (Hg.): *La realidad económica y las corrientes teóricas de su interpretación: Un debate inicial* (México: Instituto de Investigaciones Económicas, UNAM, 2002); S. 479-532.

¹² "Die Überwindung von Unterentwicklung", in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt (1): Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung* (Hamburg: Hoffmann & Campe, 1974); S. 162-189. "Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für den Massenbedarf - Weiterentwicklung eines Ansatzes", in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt (1): Unterentwicklung und Entwicklung - Theorien, Strategien, Indikatoren* (Hamburg: Hoffmann & Campe, 1982); S. 152-182. "Egalitarisme social comme condition du

Der Zusammenhang zwischen Rente und exportorientierter Industrialisierung ist weniger offensichtlich. Erfolgreich waren hier nicht Wirtschaften mit den niedrigsten Reallohnen, das arme subsaharische Afrika, sondern Wirtschaften mit den niedrigsten internationalen Arbeitskosten. Ihre Arbeitskraft war in internationaler Währung billig, weil sie ihre Währungen unter Kaufkraftparität abwerteten. Zusätzliche Exportarbeiter verdienten dann gemessen am Güterkorb ihrer Konsumtion mehr, als die von ihnen erwirtschaftete zusätzliche Produktion am Weltmarkt erlöste. Das materielle Gegenstück zu diesem zusätzlichen Konsum musste von der lokalen Wirtschaft erbracht werden, nämlich der Landwirtschaft und dem kleingewerblichen (informellen) Sektor.

Erfolge in der exportorientierten Industrialisierung beruhen auf Abwertung unter Kaufkraftparität. Die lokale Produktion wird über das nach Abwertung gegenüber dem Weltmarkt niedrige Preisniveau und nicht mehr durch (manipulierbare) Zollbarrieren (Korruption) wettbewerbsfähig („geschützt“). Dieser Schutz lässt sich im Vergleich zur importsostituierenden Industrialisierung mit viel geringeren administrativen Schwierigkeiten durch sektorale Politiken vertiefen, wie die Steigerung des „local content“ der Produktion. Exemplarisch ist das Verbot des Imports von Textilmaschinen durch Südkorea, in dessen Folge die auf dem Weltmarkt weiterhin wettbewerbsfähige koreanische Textilindustrie zum Wachstumsmotor der lokalen Textilmaschinenindustrie, und vermittelt über Lerneffekte, zur Basis des koreanischen Maschinenbaus wurde.¹³

Dass die exportorientierte Industrialisierung mit der Nutzung von Renten verbunden ist, erklärt die Bedeutung des Staates in dieser Strategie, die deren neoliberale Befürworter meist nur ungern zugeben. Diese Rolle ist nicht zufällig oder soziokulturell bedingt, sondern aus politökonomischen Gründen für die Strategie zentral. Die beiden extremen Muster der Beziehung zum Weltmarkt bei Entwicklungspolitik sind also nicht qualitativ, sondern nur graduell verschiedene und grundlegend isomorph. Darüber hinaus folgt aus der Ubiquität von Rente, dass es auf mesoökonomischer, aber

développement économique", in: *Cahiers du CREAD*, 7 (April-Juni 1987); S. 91-128.

¹³ *Globalization between a Convoy Model and an Underconsumptionist Threat* (Münster: LIT Verlag, 2006) enthält eine Reihe von Arbeiten, die in angesehenen Zeitschriften in der Dritten Welt (Brasilien, Indien, Bangladesh, Algerien, Südkorea) erschienen sind, darunter "Macroeconomics of Globalization: Productivity, Wages, Profits, and Exchange Rates in an Era of Globalization", in: *Brazilian Journal of Political Economy*, 22, 85 (Januar-März 2002); S. 53-78.

selbst auf mikroökonomischer Ebene Möglichkeiten der intelligenten (statt der verschwenderischen) Nutzung von Renten gibt. Ich will nur wenige in der Literatur häufig diskutierte Beispiele nennen:

Marginalität hat zur Folge, dass es einen Überschuss von Arbeitskräften gibt, der auf die Arbeitsmärkte drückt und dadurch die Orientierung von Investitionen an Massenbedürfnissen blockiert. Der grundlegende Mechanismus, die Freisetzung von Arbeit mit Grenzprodukt unter den Subsistenzkosten, kann durch eine Bodenverteilung wirkungslos gemacht werden:¹⁴ Bei relativ gleicher Bodenverteilung erzielen alle Bauernfamilien für einen ersten Teil ihrer Arbeitszeit hohe Erträge, die aber bei absolut geringem Landbesitz zum Überleben nicht ausreichen, so dass sie zusätzliche Arbeit auf schlechteren oder schon genutzten Böden einsetzen müssen (Grenzarbeit), deren Produktionsergebnisse sehr niedrig sind, weil sie dem Arbeitsergebnis der bisher freigesetzten Arbeitskräfte entsprechen. Die Bauernfamilien überleben, weil die bisherige Rente in der Form des hohen Ertrags für die anfänglichen Arbeitsstunden ohne weitere administrative Maßnahmen direkt an die Bauernfamilien geht, die daraus ihre niedrigproduktive Arbeit subventionieren, völlig isomorph mit den Wirkungen der Armengesetze in Europa zu Gunsten der Marginalisierten in der Frühphase der Industrialisierung.¹⁵

In der Diskussion über die Rolle des kleinbetrieblichen Sektors wird häufig unterstrichen, dass Subventionen nur zu Mitnahmeeffekten führen. Zum Wachstumsmotor wird dieser Sektor, wo er für seine Produkte, meist Niedrigqualitätsprodukte, auf Nachfrage stößt.¹⁶ Ein großer Teil der chinesischen Exporterfolge, ähnlich wie zuvor im Fall Taiwans, geht auf solche Kleinbetriebe zurück. Ob Arbeitskraft Werte produziert und dadurch am Markt Einkommen erzielt und Verhandlungsmacht erringt, hängt auch von der Einkommensverteilung ab. Eine Gleichheit der Einkommensverteilung erlaubt auf Subventionierung eines großen Teils unqualifizierte Arbeitskräfte

¹⁴ "Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß, Demokratisierung", in: Elsenhans, Hartmut (Hg.): *Agrarreform in der Dritten Welt* (Frankfurt am Main; New York: Campus, 1979); S. 505-652.

¹⁵ "Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, dass Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung des Massenmarktes erfordert", in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 13, 4 (1980); S. 283-318.

¹⁶ Kleiner, Elmar; Dreves, Reinhart Joachim: *Développement, équité et extension du marché des masses. Une autre alternative. Le cas algérien. L'enjeu des PME industrielles* (Paris: Publisud, 2000). *Marginalité, sous-développement et secteur informel. Document de Recherche du C.R.E.A. 97/01/C1-2* (Dakar: Centre de Recherches Economiques Appliquées C.R.E.A., 1997)

zu verzichten. Hier wäre dann auch der Stellenwert von Beschäftigungsprogrammen oder meines Vorschlags der Errichtung einer künstlichen Industrie des Aufsammelns ansonsten wertloser Gegenstände.¹⁷

Wenn die Schaffung von Zugriffsrechten auf Produkte vorrangig ist, durch die kumulativ das Empowerment der Vielen befördert werden kann, dann ist die Kritik von Ausbeutung oft deplatziert. Am Beispiel der reformierten Landwirtschaft gerade in Ostasien lässt sich zeigen, dass Bauernfamilien einen Teil ihrer Arbeitskraft (oft junge Frauen) Industriebetrieben schon anbieten, wenn der Lohn niedriger ist als der bei Normalarbeitszeit zum Überleben notwendige Stundenlohn, aber über dem Grenzertrag in deren eigenen Landwirtschaft liegt.

Reichtum ist kostspielig, auch wenn er zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet. Er bindet die knappe Ressource „Verwaltung“ und schafft über die Erweiterung von Verwaltung politische Basen für ein weiteres Wachstum der Rentiers. Soviel Markt wie möglich bedeutet dann: Wechselkurs auf das Niveau der Wettbewerbsfähigkeit der weniger qualifizierten Arbeitskräfte und Stärkung der Massennachfrage. Der Gefahr, dass über die Abwertung der Währung Exporterlöse verloren gehen in Branchen, die schon bei höheren Wechselkursen wettbewerbsfähig gewesen wären, lässt sich über Exportsteuern und vergleichbare Maßnahmen wie Auflagen begegnen.

Gerade die Durchsetzung von mehr Gleichheit ist aber schwierig, weil bei raschem wirtschaftlichen Wandel Qualifikationen von Arbeitskraft knapp werden (mit der Möglichkeit, Lohnsteigerungen durchzusetzen) und durch die unvermeidbare Stärkung des Staatsinterventionismus die Zahl derer wächst, die ihre Einkommensansprüche nicht am Markt sondern in politischen Netzwerken durchsetzen.

Je mehr über einen realistischen Wechselkurs und die Stärkung der Massennachfrage der kapitalistische Mechanismus der Lancierung von Investitionen durch die Nachfrage in Gang kommt, desto effizienter kann ein dann schlanker Staat interve-

¹⁷ "Problems Central to Economic Policy Deregulation in Bangladesh", in: *Internationales Asienforum*, 22, 3/4 (November 1991); S. 259

nieren und desto geringer die Gefahren eigener Selbstprivilegierung seines Personals, weil dem das Empowerment von Arbeit politisch entgegenwirkt.

Entwicklungspolitik ist von strategischer Bedeutung für eine sozialverträgliche Globalisierung

Eine unsägliche Panikmache hat in den führenden Industrieländern zu Angst vor dem industriellen Aufstieg der bisher unterentwickelten Welt geführt. Das Problem ist aber nicht, dass die früher unterentwickelte Welt weniger von den bisherigen industriellen Zentren abhängig ist, sondern dass sie nicht genug industrialisiert ist. Globalisierung muss vertieft werden, um sozialverträglich zu sein.¹⁸ Dazu erinnere ich nochmals daran, dass die neue Wettbewerbsfähigkeit einiger Länder des Südens nicht niedrigen Reallöhnen geschuldet ist, sondern der Abwertung ihrer Währungen unter Kaufkraftparität,¹⁹ eine Strategie, der auch Deutschland sein Wirtschaftswunder in den fünfziger Jahren verdankt hat (das im Übrigen damals auf ähnliche Ängste in den USA stieß, wie heute Chinas wirtschaftliches Aufholen in Westeuropa). Der Spuk war vorüber, als Ende der fünfziger Jahre (ähnlich wie in Südkorea und Taiwan seit den neunziger Jahren) Vollbeschäftigung erreicht worden war, so dass abwertungsgetriebenes Wachstum nur noch um den Preis massiver inflationärer Spannungen hätte weitergeführt werden können. Entscheidend ist also, ob Abwertung unter Kaufkraftparität als Instrument der Schaffung von Beschäftigung beseitigt werden kann.

Es gibt zwei Grenzen für Abwertung in unterentwickelten Ländern: die Verfügbarkeit eines Lohngüterüberschusses, also bei noch niedrigen Realeinkommen eines Nahrungsmittelüberschusses, aus dem zusätzliche Arbeitskräfte im Exportsektor und im kleingewerblichen Sektor, der diese Arbeitskräfte auch beliefert, ernährt werden können einerseits, andererseits Vollbeschäftigung. Da niemand ernsthaft zur Unsicherheit der Nahrungsmittelversorgung in der unterentwickelten Welt raten wird, erfordert sozialverträgliche Globalisierung, dass die Beschäftigung möglichst rasch wächst. Wenn Vollbeschäftigung erreicht ist, sprechen die ostasiatischen Wirtschaftswissenschaftler von einem „Wendepunkt“, weil nunmehr nicht mehr nur in den Exportsektoren, sondern im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt die Reallöhne steigen. Je größer die Beschäftigungseffekte, desto früher wird dieser Wendepunkt erreicht. Je hö-

¹⁸ "Globalisierung und Sozialdemokratie", in: *Perspektiven des Demokratischen Sozialismus*, 27, 1 (2010); S. 70-85.

¹⁹ "Globalisierung von Profit oder Globalisierung von Rente", in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften*, 55, 3 (2004); S. 263-289.

her der Anteil einfacher Produkte, die lokal produziert werden können, und damit der Anteil der Einkommen, die für solche Produkte ausgegeben werden, an der Gesamtnachfrage, desto höher die Beschäftigungseffekte, im Falle der Möglichkeit der Verwendung lokaler Technologien für einfache Produkte vertieft durch Multiplikatoreffekte. Offensichtlich ist ein hoher Anteil solcher einfacher Produkte dann zu erwarten, wenn der Anteil der unteren Einkommen an der Gesamtnachfrage hoch ist, das heißt, wenn das Empowerment von Arbeit gefördert worden ist.

Weil Renten nur im Rahmen politischer Konzepte entwicklungsfördernd eingesetzt werden können, behindert der derzeitige Zustand der entwicklungspolitischen Diskussion im Westen eine solche Nutzung von Renten zum wirtschaftlichen und politischen Empowerment von Arbeit. Der „cultural turn“ erlaubt schöngeistig zu schwelgen, ohne empirisch die Konstruktion von Kultur an den Basen armer Gesellschaften zu untersuchen. Das Scheitern politologisch unsachgemäßer Wirtschaftstheorie wurde mit dem Slogan des „Scheiterns der Großen Theorie“ gerechtfertigt. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts (im Gegensatz zum Beginn des 20. Jahrhunderts) redet die marxistische und marxistisch beeinflusste Diskussion über die Dritte Welt vor allem über deren Ausbeutung durch Integration in das kapitalistische Weltsystem. Dadurch verstellt sie den Blick auf die Frage, wie eine Öffnung gegenüber dem kapitalistischen Weltsystem zur Dynamisierung von unterentwickelten Wirtschaften genutzt werden kann.

An Ausbeutung kann es nicht liegen, wie die erfolgreich exportorientiert sich industrialisierenden Länder gezeigt haben. Man kann also Ausbeutung heute zunächst hinnehmen, um die Grundlagen weiterer Ausbeutung durch Strukturreformen zu beseitigen. In der Wiederentdeckung von Friedrich List hat die deutsche Variante der Dependenciatheorie²⁰ den nach 1945 nur noch sehr verschleiert vorgetragenen antika-

²⁰ Behauptet wird, dass Unterentwicklung durch die Abhängigkeit von kapitalistischen Zentren verursacht und perpetuiert wird. Daraus wird abgeleitet, dass Entwicklung eines rückständigen Landes die zeitweise Abkoppelung vom Weltmarkt erfordere. Ich denke hier an Senghaas, Dieter: *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977). Sein *Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1982) stellt in meinen Augen den Versuch dar, die Dissoziationsthese durch Anlehnung an meinen Ansatz über den Zusammenhang zwischen Gleichheit und kapitalistischer Entwicklung ohne makroökonomische Fundierung mit kulturalistischen Argumenten orientalistischer Art gegen Kritik zu immunisieren. Senghaas verweist übrigens ausdrücklich auf meine Arbeiten, S. 18, Fn. 5: *Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung. Vom Zeitalter der Entdeckungen zum 1. Weltkrieg. Herausgegeben mit einem Vorwort von Matthias Middell* (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2007),

pitalistischen Ressentiments des deutschen Bildungsbürgertums Rechnung getragen. Mit schwammigen Begriffen wie „Abkoppelung“, „Dissoziation“, einem kulturell erklärten Beispielcharakter Europas, „breitgefächerter Modernisierung“, „aufgegliederten und gleichzeitig verknüpften Wirtschaftsbereichen“ und ähnlichen Worthülsen mogelt sie sich um operationalisierbare Strategien herum. Die Lösung ist einfacher: Kapitalismus ist, vielleicht unabsichtlich, eine von den Subalternen gegen die „Großkopfeten“ durchgesetzte Veranstaltung. Umso mehr Markt ist möglich, desto mehr das Empowerment der Subalternen gelingt. Unter dieser Voraussetzung sind dann „breite Fächerung“ und „Aufgliederung“ je nach örtlichen Gegebenheiten ausgestaltete Nebenwirkungen des grundsätzlichen Mechanismus des Empowerment von Arbeit auf der Grundlage der Orientierung der Produktion an Massenbedürfnissen. Dahin kann eine vorkapitalistische Wirtschaft nur über die auch politische Kanalisierung von Renten in einen auf Massenbedürfnisse ausgerichteten Produktionsapparat gelangen: indem Arbeit über Mehrwert schaffende Beschäftigung Empowerment erhält und auf Grund dieses Empowerments auch Profit stützt, so dass die ewige Sucht der Privilegierten, von Renten zu leben, eingeschränkt werden kann.

und den von ihm in einen seiner Sammelbände aufgenommenen Aufsatz, der diese Berliner Habilitationsschrift zusammenfasst, S. 240; Fn:174. "Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft", in: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979); S. 101-148.

Hochschulbildung und Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung

Sascha Czornohus

„Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“ Benjamin Franklins Worte sind bis heute Ausdruck des hohen Stellenwerts von Bildung.²¹ Insbesondere da Menschen „[...] fachliche, kommunikative, soziale und persönliche Kompetenzen für den Umgang mit der Komplexität der Weltgesellschaft erwerben [müssen].“²² Sie ist es, die Menschen zu (eigen-)verantwortlichem Handeln befähigt.

Genau diesen Aspekt gilt es in der Entwicklungspolitik stärker zu berücksichtigen. Allerdings besteht die Gefahr einer allzu eingeschränkten Sichtweise: setzt sie doch oftmals den Bildungsbegriff mit Primarschulbildung gleich. Dabei bedarf es vielmehr einer holistischen Betrachtungsweise, um der Bildungsproblematik in Entwicklungs- und Schwellenländern begegnen zu können.

Stellenwert von Hochschulbildung und Wissenschaft für Entwicklung

„Bildung ist die Grundlage der Entwicklung – der Entwicklung jedes einzelnen Menschen wie auch der Entwicklung von Gesellschaften und Staaten. Je höher die Bildung, desto besser die Chance des Individuums in der Gesellschaft.“²³ Eine besondere Rolle kommt hierbei dem Hochschulsektor zu: Universitäten, Fachhochschulen sowie Berufs-/Fachakademien sind Wissensfabriken und Transferstellen, die eine hohe entwicklungspolitische Relevanz besitzen und auf die nachhaltige (politische, wirtschaftliche, sozio-kulturelle, ökologische, sicherheitspolitische) Entwicklung eines Landes wirken.

²¹ Bildung umfasst, über den rein schulischen und formellen Wissenserwerb hinaus, auch alle Ebenen des menschlichen, lebensbegleitenden Reflektions- und Lernprozesses.

²² Barbara Asbrand: „Globales Lernen und das Scheitern der großen Theorie. Warum wir heute neue Konzepte brauchen“. In: *Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* (ZEP), Jg. 25 (2002) 3, S. 15.

²³ Martin Adelman/Rainer Hampel/Heribert Weiland: Bilanz und Perspektiven der deutschen Bildungszusammenarbeit. Eine Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund der neuen EZ-Architektur, Freiburg i.Br. 2008, [Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, Band 35], S. 15.

Als Ausbildungsstätten regierender Klassen und Bereitsteller fachlicher Expertisen waren Hochschulen wichtige Einrichtungen der nationalen Staatenbildung.²⁴ Heute wirken sie auf gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Ihre Absolventinnen und Absolventen werden zu Fach- und Führungskräften ausgebildet, die ihren Erfolg mit den Interessen der Allgemeinheit verbinden und hieraus die Fähigkeit entwickeln sollen, gesellschaftliche Reformprozesse anzuregen und voranzutreiben. Eine Verbesserung nationaler Wissenschaftssysteme ist somit ein Faktor für Good Governance. Zudem bieten Hochschulen Expertisen, die politische Führungen unterstützen können, globale Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit oder Migration auf die nationale und subnationale Handlungsebene herunterzubrechen.²⁵ Korrupte Wissenschaftssysteme führen jedoch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern zum Gegenteil: Sie machen die Studierenden mit unethischem Verhalten vertraut und konterkarieren die soziale Durchlässigkeit. Autoritären/totalitären Eliten wird es erleichtert, Hochschulen als eigene Kadenschmieden zu missbrauchen. Gerade diese Strukturen gilt es im tertiären Bildungssektor zu bekämpfen, um langfristig ein ethisches Bewusstsein entwickeln und gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln verwirklichen zu können.²⁶

Aus ökonomischer Sicht nimmt die Wertigkeit höherer Bildung zu, da sie Partizipation am globalen Handel ermöglicht und einen Wettbewerbsvorteil darstellt.²⁷ Durch den Bedeutungszuwachs wissensintensiver Güter sowie technologischen Wandel ist die Erzeugung, Steuerung und Verbreitung von Wissen erforderlicher Bestandteil wirtschaftlicher Wertschöpfung.²⁸ Hochschulen stellen in diesem Kontext wichtige Quellen zur Wertschöpfungssteigerung dar. Im Allgemeinen schützt eine höhere Qualifikation vor Arbeitslosigkeit, führt zu höheren Löhnen bzw. Sparquoten und Investiti-

²⁴ Vgl. Philip G. Altbach: "The Complex Roles of Universities in the Period of Globalization". In: Global University Network for Innovation (Hrsg.): *Higher Education in the World 3. Higher Education: New Challenges and Emerging Roles for Human and Social Development*, New York 2008, S. 6.

²⁵ Vgl. Andreas Stamm: „Fälschliches Randthema. Förderung von Wissenschaft und tertiärer Ausbildung in den Partnerländern – deutsche Ansätze im europäischen Vergleich“. In: *Entwicklungspolitik*, Jg. 2 (2007) 19/20, S. 25 f.

²⁶ Vgl. Christoph Stückelberger: „Hochschulpolitik ist Entwicklungspolitik“. In: *welt-sichten*, Jg. 4 (2009) 11, S. 11.

²⁷ Vgl. The World Bank: *Constructing Knowledge Societies: New Challenges for Tertiary Education*, Washington D.C. 2002, S. xvii.

²⁸ Vgl. Andreas Stamm: Fälschliches Randthema, S. 25. Vgl. auch Maryann P. Feldman/Ian I. Stewart: *Wellsprings of Modern Economic Growth: Higher Education, Innovation and Local Economic Development*, in: Justin Yifu Lin/Boris Pleskovic (Hrsg.): *Higher Education and Development. Annual World Bank Conference on Development Economics – Regional 2008*, Washington D.C. 2008, S. 177.

onsfähigkeit größerer Bevölkerungsteile, steigert somit das staatliche Steuereinkommen und trägt zur sozio-ökonomischen Entwicklung eines Landes bei.²⁹ Ein hohes Bildungsniveau ist zudem Voraussetzung für die Akquirierung privatwirtschaftlicher Auslandsdirektinvestitionen, über die neue Arbeitsplätze geschaffen sowie Technologien transferiert werden. Länder mit qualifiziertem Personalstock gelten als adäquate Investitionsstandorte.³⁰ Im Umkehrschluss bedarf es eines investitionsfreundlichen Klimas, um Unternehmen für ein Auslandsengagement zu gewinnen. Entwicklungs- und Schwellenländer mit unzureichenden Wissenschaftssystemen verzeichnen weniger Auslandsdirektinvestitionen. Folge sind mangelnde Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten sowie eine daraus resultierende Abwanderung der wenigen Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Brain Drain). Aufgrund der verhältnismäßig geringen Anzahl von Fach- und Führungskräften ist ein solcher Verlust mit weitaus schwerwiegenderen Konsequenzen verbunden, als in den reicheren Ländern des Nordens.

Durch ihren Beitrag zur Stärkung demokratischer Institutionen und rechtlicher Rahmenbedingungen bildet Hochschulbildung neben ökonomischen Gesichtspunkten auch ein zentrales Element gesellschaftlichen Zusammenhalts. Indem sie Menschen zu Selbsthilfe, Partizipation sowie kritischem Denken befähigt und Verwirklichungschancen ermöglicht, stärkt sie zivilgesellschaftliche Strukturen.³¹ Der wissenschaftlich-technologische Status eines Landes wirkt auf sozio-kulturelle Aspekte: u.a. in Bezug auf eine höhere Lebenserwartung, niedrigere Kindersterblichkeit, verbesserte Gesundheit, Ernährung und Hygiene, die Behandlung geschlechtsspezifischer, ethnischer und religiöser Fragestellungen sowie Freiheit im Allgemeinen.³² Tertiäre Bildungseinrichtungen sind weiter eine Stütze nationaler Informationsinfrastrukturen bzw. gesellschaftlicher Meinungsbildung. Als Nutzer globaler Informations- und Kommunikationsnetze tragen sie zum kulturellen Austausch mit anderen Regionen bei.³³ Allerdings ist zu berücksichtigen, dass prekäre Verhältnisse in Entwicklungs-

²⁹ Vgl. Karl Ulrich Saß: „Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit mit Afrika“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, o. Jg. (2009) 34/35, S. 29.

³⁰ Vgl. o. A.: „The new champions. Emerging markets are producing examples of capitalism at its best“. In: *The Economist*, Jg. 388 (2008) 8598, [special report on globalisation], S. 8.

³¹ Vgl. The World Bank: *Constructing Knowledge Societies*, S. ix f.

³² Vgl. Amartya Sen: *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, 3. Auflage, München 2005, S. 347-352.

³³ Vgl. The World Bank: *Constructing Knowledge Societies*, S. 23. Vgl. auch Andreas Stamm: Fälschliches Randthema, S. 26.

und Schwellenländern die Verwirklichung von Bildungschancen und damit die Entstehung notwendiger personeller Kapazitäten konterkarieren.

Hinsichtlich der ökologischen Entwicklung eines Landes gilt es, folgende Faktoren zu berücksichtigen: 1) Bevölkerungswachstum steigert den Ressourcenverbrauch und 2) je höher das Bevölkerungswachstum, umso negativer die Umweltwirkung. Bildung senkt zwar langfristig die Geburtenrate und minimiert damit den Druck auf die Umweltsituation, allerdings besitzen gebildete Menschen mit höherem Einkommen ein gesteigertes Konsumverhalten. Wachsender Ressourcenverbrauch und die damit einhergehende Verschärfung der globalen Umweltkrise sind die Folge. Mehr Bildung führt also nicht zwangsweise zu einer verbesserten ökologischen Nachhaltigkeit.³⁴ Die Herausforderung besteht darin, Wissen über ökosystemische Beziehungen vermehrt in die Ausbildung einfließen zu lassen. Umweltwissen muss nicht mit gutem Umwelthandeln einhergehen, trotzdem sind Hochschulen in diesem Kontext ein wichtiges Bindeglied zwischen ökonomischer und ökologischer Handlungsweise. Indem sie das Thema Nachhaltigkeit in Lehre und Forschung integrieren, liefern sie zukünftigen Generationen das notwendige Rüstzeug, um ökologische Aspekte in Entwicklungsstrategien zu implementieren. Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels sowie zunehmender Ressourcenknappheit ist es für Entwicklungs- und Schwellenländer unerlässlich, Optionen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft (Ressourceneffizienz und -einsparung) zu etablieren. Nur ein solch umfassender Ansatz ermöglicht eine nachhaltig wirtschaftliche Entwicklung und eröffnet den Pfad weg vom reinen Rohstoff-/Agrarproduzenten.³⁵

Wie dargestellt leisten Hochschulen durch nachhaltige Lehre und Forschung einen Beitrag zur politischen, wirtschaftlichen, sozio-kulturellen und ökologischen Entwicklung eines Landes. Damit können sie ebenfalls als Friedensinstitutionen gesehen werden, minimieren sie doch Konfliktpotenziale wie Armut, Hunger, Bad Governance, Diskriminierung und Ressourcenkonflikte. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Bildung langfristig wirkt und die Stärkung von Wissenschaftssystemen mit Maßnah-

³⁴ Bspw. liegen – trotz eines hohen Bildungsniveaus und starken Wissenschaftssystems – der Pro-Kopf-Energieverbrauch und die Abfallerzeugung der USA um ein Vielfaches über denen der Entwicklungs- und Schwellenländer.

³⁵ Vgl. Andreas Stamm: Fälschliches Randthema, S. 25 f.

men kurzfristiger bzw. grundlegender Bedürfnisbefriedigung (Ernährung, Gesundheit, etc.) einhergehen muss.

Hochschulbildung und Wissenschaft in Afrika

Zahlreiche afrikanische Staaten sehen die Förderung ihrer Wissenschaftssysteme als zentrale Herausforderung an. Insgesamt hat die Anzahl afrikanischer Universitäten zugenommen, begleitet von einer Diversifikation des Hochschulsektors. Hervorzuheben ist bspw. Äthiopien mit dem Bau von 13 neuen Universitäten bis 2011, die 121.000 Studentinnen und Studenten Platz bieten werden. Neben dem infrastrukturellen Ausbau ist es vor allem der Mangel an Fachbüchern, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Lehrpersonal, der die äthiopische Regierung vor weitere Herausforderungen stellt.³⁶

2007 wurden weltweit ca. 150,5 Mio. Einschreibungen registriert, was einem Anstieg von 58 Mio. zum Vergleichsjahr 1999 entspricht. Die Mehrzahl der geschaffenen Studienplätze befindet sich in Entwicklungsländern, wo die Studierendenzahl von ca. 47,5 (1999) auf 91,3 Mio. (2007) gestiegen ist. Trotzdem bleiben die Disparitäten im kontinental-regionalen Vergleich immens. Beim Studierendenanteil liegt Subsahara-Afrika mit 6% deutlich unter der Einschreibungsquote von Nordamerika und Europa mit 70% (globaler Durchschnitt liegt bei 26%).³⁷ Verheerend erscheinen diese Zahlen insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass der tertiäre Bildungssektor zur Stärkung primärer und sekundärer Bildung beiträgt.³⁸ Zudem sind globale Forschungskapazitäten im regionalen Vergleich ebenfalls ungleich verteilt.³⁹

Hochschulbildung und Wissenschaft in der Entwicklungszusammenarbeit

Während der vergangenen Dekaden konzentrierte sich die Entwicklungszusammenarbeit primär auf die Förderung von Grundschulbildung. Trotz diverser internationaler Konferenzen⁴⁰ wurde dem Thema Hochschule und Wissenschaft nur wenig Beach-

³⁶ Vgl. Elissa Jobson: "Universities. Temples of higher learning". In: *The Africa Report*, o. Jg. (2010) 22, S. 94 f.

³⁷ Vgl. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization: EFA Global Monitoring Report 2010. Reaching the marginalized, Paris 2010, S. 378.

³⁸ Vgl. The World Bank: *Constructing Knowledge Societies*, S. xx.

³⁹ Vgl. Tilman Altenburg/Britta Rennkamp: Globalisierung von Wissenschaft und Innovationsprozessen, in: Tobias Debiel et al. (Hrsg.): *Globale Trends 2010. Frieden-Entwicklung-Umwelt*, [Ausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung], Bonn 2010, S. 368.

⁴⁰ Siehe hierzu: Yasmín Cruz López: Key international frameworks for the role of higher education in

tung geschenkt. Sinnbild für die fehlende holistische Betrachtungsweise war der im September 2000 in New York abgehaltene UN-Millenniumsgipfel, aus dem die Millenniumserklärung sowie acht Millenniumsentwicklungsziele (MDG) hervorgingen. Sie beinhalten u.a. die Zielsetzung, allgemeine Grundschulbildung bis 2015 zu verwirklichen (MDG 2). Allerdings zeigt sich hier das Manko der MDG, die die Relevanz höherer Bildung unberücksichtigt lassen. So wird unter MDG 1 auf die Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit verwiesen, die notwendigen Verbesserungen im tertiären Bildungssektor bleiben jedoch außer Acht. Speziell die Förderung weiterführender Bildungsangebote ist aber unter folgendem Gesichtspunkt essenziell, denn „[...] tertiary education provides not only the high-level skills necessary for every labor market but also the training essential for teachers, doctors, nurses, civil servants, engineers, humanists, entrepreneurs, scientist, social scientists, and myriad personnel. It is these trained individuals who develop the capacity and analytical skills that drive local economies, support civil society, teach children, lead effective governments, and make important decisions which affect entire societies.“⁴¹ Für das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele ist der Aufbau wissenschaftlicher und technologischer Kapazitäten somit ein wesentlicher strategischer Bestandteil.⁴² Speziell die Verwirklichung von MDG 2 wird ohne die Förderung des Hochschulsektors und der Ausbildung von Lehrenden nicht zu erreichen sein.

Eine stärkere Fokussierung auf Hochschule und Wissenschaft erfolgte insbesondere über die Bemühungen der Weltbank, die seit den 1960er Jahren auf diesem Feld aktiv ist. Sie forcierte die entwicklungsstrategischen Diskurse Ende der 1990er Jahre unter dem Motto „Knowledge for Development“ und ist bis heute ein wichtiger Darlehensgeber für Bildungsarbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern.⁴³ Internationale Konferenzen wie die World Conference on Higher Education (1998, 2003, 2009)⁴⁴

human and social development, in: Global University Network for Innovation (Hrsg.): *Higher Education in the World 3. Higher Education: New Challenges and Emerging Roles for Human and Social Development*, New York 2008, S. xlvii-li.

⁴¹ The World Bank: *Constructing Knowledge Societies*, S. ix.

⁴² Vgl. Jeffrey D. Sachs: *In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Überblick, Bericht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, [Sachs-Report]*, New York 2005, S. 61 f.

⁴³ Zur Weltbank vgl. Richard Hopper/Jamil Salmi/Roberta Malee Bassett: “Transforming higher education in developing countries: the role of the World Bank”. In: *Global University Network for Innovation (Hrsg.): Higher Education in the World 3. Higher Education: New Challenges and Emerging Roles for Human and Social Development*, New York 2008, S. xl-xliv.

⁴⁴ 1998 formulierten die Teilnehmer einen Aktionsplan zur Förderung höherer Bildung. Folgetreffen zur

oder Initiativen wie die United Nations Decade of Education for Sustainable Development (2005-2014)⁴⁵ verliehen dem Thema weiter Nachdruck. Insgesamt sind entwicklungspolitische Maßnahmen, die auf Wissenschaftssysteme in Entwicklungsländern abzielen, nur punktuell ausgerichtet. Eine systematische Förderung tertiärer Bildung ist bspw. in Afrika nicht gegeben. Internationale Kooperationen konzentrieren sich eher auf wissenschaftlich leistungsfähige Nationen. Maßnahmen entwicklungspolitischer Institutionen zur Förderung von Hochschulbildung in Entwicklungsländern stellen oftmals ein untergeordnetes Handlungsfeld innerhalb anderer thematischer Schwerpunkte (Agrar, Wasser, HIV/AIDS, etc.) dar.⁴⁶

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit waren Hochschulbildung und Wissenschaft in den letzten Jahren kein Förderschwerpunkt. Diskurse, wie sie die Weltbank initiierte, nahmen kaum Einfluss auf den bilateralen Gestaltungsprozess. 2007 existierten unter den 43 Abkommen der Bundesrepublik Deutschland zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit nur zwei mit afrikanischen Ländern (Südafrika und Ägypten).⁴⁷ Insbesondere unter wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten rückt (Subsahara-)Afrika meist in den Hintergrund.⁴⁸ Auch der Blick auf die finanziellen Leistungen des BMZ zur Förderung von Hochschulbildung bestätigt diesen Eindruck.⁴⁹

Gegenwärtig befindet sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in einem strategischen Umgestaltungsprozess. In der politischen Diskussion soll die Bildungsförderung zu einem entwicklungspolitischen Schlüsselsektor ausgebaut werden. Entsprechend engagierte sich die Große Koalition (2005-2009), Capacity Development für den Bildungsbereich auf internationaler Ebene voranzutreiben.⁵⁰ Im Koalitionsver-

Implementierung fanden 2003 und 2009 statt. Das letzte Treffen in Paris stand unter dem Titel „Die neue Dynamik in Hochschulbildung und Forschung für sozialen Wandel und Entwicklung“.

⁴⁵ Unter Federführung der UNESCO zielt die Initiative darauf ab, Prinzipien, Werte und Praktiken nachhaltiger Entwicklung in alle Aspekte von Bildung und lebenslangem Lernen einfließen zu lassen.

⁴⁶ Vgl. Karl Ulrich Saß: Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit mit Afrika, S. 28 f.

⁴⁷ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung und Innovation 2008, Bonn/Berlin 2008, in: http://www.bmbf.de/pub/bufi_2008.pdf (4. Februar 2011), S. 467 f. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die internationale Bildungszusammenarbeit im ressortübergreifenden Verantwortungsbereich von BMBF, Auswärtiges Amt und BMZ liegt.

⁴⁸ Vgl. Karl Ulrich Saß: Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit mit Afrika, S. 29.

⁴⁹ Vgl. Martin Adelman/Rainer Hampel/Heribert Weiland: Bilanz und Perspektiven der deutschen Bildungszusammenarbeit, S. 34.

⁵⁰ Vgl. Deutscher Bundestag: Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck et al. Förderung von Bildung und Ausbildung – Entwicklungspolitischen Schlüsselsektor konsequent ausbauen, [BT-

trag der aktuellen schwarz-gelben Bundesregierung sowie in einem Antrag der Regierungsfractionen wird das Thema Bildung ebenfalls als Schlüsselsektor bzw. zentrale außen- und entwicklungspolitische Aufgabe benannt.⁵¹ Hochschulen werden in diesem Kontext als „die zentralen Agenten des Wissens in Entwicklungsländern [verstanden], die den Anschluss an die globale Wissensgesellschaft gewährleisten und dieses Wissen auf lokale Herausforderungen anwenden.“⁵² Publikationen wie das neue BMZ-Positionspapier „Wissen für Entwicklung: Hochschulbildung und Wissenschaft in der deutschen Entwicklungspolitik“ sowie Äußerungen des Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Sascha Raabe, das Thema Hochschulbildung in einem zukünftigen Aktionsprogramm 2015+ zu verankern, stärken den Eindruck einer thematischen Forcierung.⁵³ Mit Spannung ist ebenfalls die internationale Konferenz „Mehr Bildung. Mehr Wachstum. Mehr Gerechtigkeit“ am 1. März 2011 zu erwarten, auf der das BMZ seinen Entwurf zur neuen Bildungsstrategie einem breiten Expertenpublikum vorstellen wird.

Ausblick

Um nachhaltige Entwicklung verwirklichen zu können, sind Entwicklungs- und Schwellenländer darauf angewiesen, ein über Grundschulbildung hinaus verbessertes Wissenschaftssystem aufzubauen. Für die nächsten Jahre wird die entwicklungspolitische Arbeit darin bestehen müssen, eine holistische sowie kohärente Entwicklungsstrategie zu schaffen, die einen Beitrag zu Innovation, Wertschöpfung, ökonomischer Diversifizierung, Prosperität und sozialer Entwicklung leistet. Hierbei gilt es, Grundbedürfnisbefriedigung mit langfristigen bildungspolitischen Perspektiven zu verbinden. Die Relevanz höherer Bildung für nachhaltige Entwicklung ist zukunftsweisend, berücksichtigt man den Umstand, den Erik Händeler wie folgt um-

Drucksache 16/9424], Berlin 2008, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609424.pdf> (2. Februar 2011), S. 7 ff.

⁵¹ Vgl. Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union/Freie Demokratische Partei: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, Berlin 2009, in: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf> (2. Februar 2011), S. 128. Vgl. auch Deutscher Bundestag: Antrag der Abgeordneten Anette Hübinger et al. Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken – Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksamer gestalten, [BT-Drucksache 17/2134], Berlin 2010, in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702134.pdf> (7. Februar 2011), S. 1.

⁵² Deutscher Bundestag: Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck et al., S. 6.

⁵³ Sascha Raabe äußerte sich zu dem Thema im Rahmen der entwicklungspolitischen Fachtagung für Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Dezember 2010.

schreibt: „Was ist also die nächste Knappheit, vor der die Welt steht? Viele meinen: Energie und Rohstoffe. Doch wer diese verbrauchen darf, das entscheidet sich letztlich danach, wer sie am effizientesten verwendet. Und das hängt ab von der Qualität der Wissensarbeit. Das einzige, was knapp sein wird, sind gebildete Menschen und ihre Problemlösungs-Wertschöpfung.“

Literatur

Adelmann, Martin/Hampel, Rainer/Weiland, Heribert: Bilanz und Perspektiven der deutschen Bildungszusammenarbeit. Eine Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund der neuen EZ-Architektur, Freiburg i.Br. 2008, [Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, Band 35].

Altbach, Philip G.: “The Complex Roles of Universities in the Period of Globalization”. In: Global University Network for Innovation (Hrsg.): *Higher Education in the World 3. Higher Education: New Challenges and Emerging Roles for Human and Social Development*, New York 2008, S. 5-14.

Altenburg, Tilman/Rennkamp, Britta: „Globalisierung von Wissenschaft und Innovationsprozessen“. In: Deibel, Tobias et al. (Hrsg.): *Globale Trends 2010. Frieden-Entwicklung-Umwelt*, [Ausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung], Bonn 2010, S. 357-377.

Asbrand, Barbara: „Globales Lernen und das Scheitern der großen Theorie. Warum wir heute neue Konzepte brauchen“. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP), Jg. 25 (2002) 3, S. 13-19.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung und Innovation 2008, Bonn/Berlin 2008, in: http://www.bmbf.de/pub/bufi_2008.pdf (4. Februar 2011).

Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union/Freie Demokratische Partei: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, Berlin 2009, in: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf> (2. Februar 2011).

Cruz López, Yazmín: “Key international frameworks for the role of higher education in human and social development”. In: *Global University Network for Innovation (Hrsg.): Higher Education in the World 3. Higher Education: New Challenges and Emerging Roles for Human and Social Development*, New York 2008, S. xlvi-li.

Deutscher Bundestag: Antrag der Abgeordneten Anette Hübinger et al. Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken – Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksamer gestalten, [BT-Drucksache 17/2134], Berlin 2010, in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702134.pdf> (7. Februar 2011), S. 1.

Deutscher Bundestag: Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck et al. Förderung von Bildung und Ausbildung – Entwicklungspolitischen Schlüsselsektor konsequent ausbauen, [BT-Drucksache 16/9424], Berlin 2008, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609424.pdf> (2. Februar 2011).

Feldman, Maryann P./Stewart, Ian I.: "Wellsprings of Modern Economic Growth: Higher Education, Innovation and Local Economic Development". In: Lin, Justin Yifu/Pleskovic, Boris (Hrsg.): *Higher Education and Development. Annual World Bank Conference on Development Economics – Regional 2008*, Washington D.C. 2008, S. 177-200.

Hopper, Richard/Salmi, Jamil/Bassett, Roberta Malee: "Transforming higher education in developing countries: the role of the World Bank". In: *Global University Network for Innovation (Hrsg.): Higher Education in the World 3. Higher Education: New Challenges and Emerging Roles for Human and Social Development*, New York 2008, S. xl-xliv.

Jobson, Elissa: Universities. "Temples of higher learning". In: *The Africa Report*, o. Jg. (2010) 22, S. 94-95.

O. A.: "The new champions. Emerging markets are producing examples of capitalism at its best". In: *The Economist*, Jg. 388 (2008) 8598, [special report on globalisation], S. 6-11.

Sachs, Jeffrey D.: In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Überblick, Bericht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, [Sachs-Report], New York 2005.

Saß, Karl Ulrich: „Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit mit Afrika“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, o. Jg. (2009) 34/35, S. 27-32.

Sen, Amartya: *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, 3. Auflage, München 2005.

Stamm, Andreas: „Fälschliches Randthema. Förderung von Wissenschaft und tertiärer Ausbildung in den Partnerländern – deutsche Ansätze im europäischen Vergleich“. In: *eins Entwicklungspolitik*, Jg. 2 (2007) 19/20, S. 24-27.

Stückelberger, Christoph: „Hochschulpolitik ist Entwicklungspolitik“. In: *welt-sichten*, Jg. 4 (2009) 11, S. 11.

The World Bank: *Constructing Knowledge Societies: New Challenges for Tertiary Education*, Washington D.C. 2002.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization: *EFA Global Monitoring Report 2010. Reaching the marginalized*, Paris 2010.

Energie für nachhaltige Entwicklung - Chancen, Herausforderungen und Notwendigkeiten

Katrin Dobersalske

Energie gilt in der industrialisierten Welt in allen ihren Erscheinungsformen – Elektrizität, Wärme, Kraftstoff – als Selbstverständlichkeit. Dagegen ist in vielen Entwicklungsländern die Situation von täglichen Engpässen geprägt, und in ländlichen Gebieten gibt es oftmals keinen Zugang zu modernen Energieformen⁵⁴. So verfügt bspw. der gesamte afrikanische Kontinent über eine geringere Energieerzeugungskapazität als Spanien – trotz des Vorhandenseins enormer Energieressourcen.⁵⁵ Von Energiearmut betroffen sind in der Regel in absoluter Armut lebende Menschen. Der zunehmende Mangel an Nahrungsmitteln und explodierende Energiekosten zwingen sie, auf eine Mahlzeit am Tag zu verzichten.⁵⁶

Energie bzw. Energieressourcen sind zu einem knappen und umkämpften Gut geworden. Viele Experten führen die derzeitige Nahrungsmittelknappheit teilweise auf den Boom von Biokraftstoffen zurück, welche u.a. aus Nahrungsmitteln wie Weizen, Soja oder Raps gewonnen werden. Zudem konkurrieren Anbauflächen für Nahrungsmittel mit denen für Biosprit, die wirtschaftlich höhere Gewinne einbringen. Auch die Zunahme von Naturkatastrophen steht in direktem Zusammenhang mit der Energieproblematik. Der globale Klimawandel führt zu veränderten Niederschlags- und Temperaturmustern sowie einem Zuwachs an wetterbedingten Notständen und trifft Entwicklungs- sowie Schwellenländer am härtesten.⁵⁷

⁵⁴ Ein moderner (kommerzieller) Energiezugang bezeichnet den Zugang zu Energiedienstleistungen über kommerziellen Vertrieb. Der Begriff betont den Gegensatz zur Abhängigkeit von traditioneller Biomasse, die meist informell vertrieben wird und nur eingeschränkte Energiedienstleistungen bietet.

⁵⁵ Vgl. Richard Youngs: What Role for Sub-Saharan Africa in Europe's Energy Policies?, [EDC Working Paper No. 5/2009], o. O. 2009, in: http://www.edc2020.eu/fileadmin/Textdateien/EDC_2020_Work_paper_No_5.pdf (25. Januar 2010), S. 8.

⁵⁶ Vgl. Josette Sheeran: „Die Krise hinter der Krise“. In: *Frankfurter Rundschau*, 15. Oktober 2008, S. 16.

⁵⁷ Vgl. Thomas Loster: „Die Armen trifft es am härtesten. Die Häufigkeit und Schwere von Wetterkatastrophen nimmt zu“. In: *Dossier in Welt-Sichten*, o. Jg. (2008) 5, S. 5f.

Bereits 1896 entdeckte Svante Arrhenius den Treibhauseffekt. Er erkannte, dass die auf der Erdoberfläche reflektierte Sonnenstrahlung natürlicherweise durch Kohlenstoffdioxid (CO₂) und andere Treibhausgase in der Erdatmosphäre gespeichert wird. Dieser Prozess erhöhte die Durchschnittstemperatur auf der Erde im Holozän auf über 15 Grad Celsius und ermöglichte damit menschliches Leben. Unser Erdklima ist natürlichen Schwankungen unterworfen, die von unterschiedlichen Faktoren abhängig sind. Einer ist die Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre. Vor allem durch die Verbrennung fossiler Energiequellen⁵⁸ entweichen zusätzliche Treibhausgase, die zuvor als kohlenstoffbasierte Energieträger in der Erde gebunden waren, in die Atmosphäre. Neben der natürlichen Erderwärmung führt dies zu einem zusätzlichen anthropogenen Treibhauseffekt.⁵⁹ Mit der Industriellen Revolution und der Verbrennung fossiler Energiequellen setzte das sogenannte Anthropozän ein, in dem menschliche Aktivitäten zum Hauptauslöser globaler Umweltveränderungen avancierten. Diese Veränderungen sind inzwischen so weit vorangeschritten, dass das Ökosystem Erde die ungewöhnlich stabilen Bedingungen des Holozäns zu verlassen droht. Diese Instabilitäten werden als Klimawandel bezeichnet. Eine Studie des Stockholm Resilience Centre identifizierte neun *planetarische Grenzen*, deren Übernutzung das menschliche Überleben gefährden. Energiesysteme wirken auf alle ein.⁶⁰ Zur Vermeidung dieses Szenarios gelten dem Weltklimarat der Vereinten Nationen eine Steigerung der Energieeffizienz sowie die Förderung regenerativer Energien als wichtigste Handlungsoptionen.⁶¹ Ein Hauptverursacher von Spurengasemissionen ist der Energiesektor, der in den 1980er Jahren mehr als die Hälfte aller Emissionen verursachte. Seit der Industrialisierung dürfte der Anteil sogar bei bis zu 80 Prozent liegen. Energiebedingte Treibhausgasausstöße führen jedoch nicht nur

⁵⁸ Zu den kohlenstoffbasierten, fossilen Energieträgern zählen alle Formen von Erdöl, -gas und -kohle. Sie werden im Folgenden auch als fossile oder nichtnachhaltige Energien bzw. -träger/-quellen bezeichnet. Energieträger bzw. -quellen sind alle Stoffe oder Medien, die Energie in wirtschaftlich nutzbarer Form beinhalten.

⁵⁹ Vgl. Sebastian Oberthür/Hermann E. Ott: The Kyoto Protocol. International Climate Policy for the 21st Century, Berlin/Heidelberg 1999, S. 3.

⁶⁰ Dies sind: Klimawandel, Rate des Biodiversitätsverlustes, Störung des Nitrogen- und Phosphorzyklus, Ozonabbau, Versauerung der Meere, Süßwasserverbrauch, Wandel in der Landnutzung, chemische Verunreinigung und atmosphärische Luftbelastung. Drei dieser Grenzen sind bereits überschritten, vier weitere sind kurz davor. Als Folge dieser Übertretungen drohen auch die Verlustrate an Biodiversität und die Rate, in der Stickstoff aus der Atmosphäre entzogen und in Nitrogen umgewandelt wird, zu kippen. Vgl. Johan Rockström et al.: "A safe operating space for humanity". In: nature, Jg. 461 (2009) 24. September, online: <http://www.nature.com/nature/journal/v461/n7263/full/461472a.html> (22. Februar 2010), S. 472f.

⁶¹ Vgl. Ottmar Edenhofer/Hermann Lotze Campen: „Emissionen müssen etwas kosten“. In: *Dossier in Welt-Sichten*, o. Jg. (2008) 5, S. 10.

zu globaler Erwärmung. Sie haben ebenfalls Anteil am Waldsterben, an Eutrophierung, Gewässerversauerung und Gesundheitsschäden.⁶² Ungeachtet dessen werden rund 80 Prozent der globalen Primärenergie durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe gewonnen.⁶³

Energie ist ungeachtet ihrer negativen Implikationen unverzichtbare Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und verbesserte Lebens- sowie Produktionsbedingungen.⁶⁴ Für die Überwindung von Armut sind eine erhöhte Energieversorgung sowie Wirtschaftswachstum essenziell, die aber stets Belastungen des Ökosystems implizieren und somit wiederum zu einem Wachstumshindernis avancieren.⁶⁵ Hinsichtlich des Energiezugangs sowie -verbrauchs zeichnet sich ein Gefälle zwischen industrialisierter und nicht industrialisierter Welt ab. 70 Prozent der weltweiten Primärenergie⁶⁶ wird von den Industrieländern verbraucht.⁶⁷ Damit konsumiert ein Viertel der Menschheit pro Kopf etwa zehn- bis zwanzigmal so viel Energie wie die restlichen drei Viertel. Folglich ist das Lebensmodell der Industrieländer weder intergenerativ noch international generalisierbar, da es ökologisch nicht langfristig und nachhaltig tragbar ist.⁶⁸

Ferner besitzen 1,6 Milliarden Menschen überhaupt keinen Zugang zu Elektrizität bzw. einer modernen Energieversorgung. Davon betroffen ist überwiegend die arme

⁶² Vgl. Reinhard Loske: Klimapolitik. Im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen, Marburg 1997, S. 63.

⁶³ Vgl. Barbara Unmüßig: Kampf um Rohstoffe. Das Great Game des 21. Jahrhunderts, in: Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, o. Jg. (2007) 4, S. 3.

⁶⁴ Vgl. Stefan Schmitz: Nachhaltige Energie für Entwicklung. Strategie, Programm und Handlungsfelder in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, in: Beratungs- und Transfer-Agentur für Erneuerbare Energien in der Entwicklungszusammenarbeit et al. (Hrsg.): Globale Energieversorgung. Erneuerbare Energien in der Entwicklungszusammenarbeit, o. O. o. J., [Reader zur Vortragsreihe an der Universität Hamburg Sommersemester 2003], in: <http://www.berta-hamburg.de/pdf/Archiv/Reader%20komplett.pdf> (23. Dezember 2007), S. 27.

⁶⁵ Vgl. Klaus Töpfer: Umweltzerstörung und Armut als Wachstumsbremsen. Rede zur 5. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Berliner Congress Center, Berlin 6. September 2005, in: Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.): Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit. Dokumentation von Beiträgen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur globalen Politik, Berlin o. J., S. 12f.

⁶⁶ Primärenergie bezeichnet den Energiegehalt von Primärenergieträgern, also natürlich vorkommender Energieträger, die keinem Umwandlungsprozess unterworfen wurden. Vgl. Peter Henni-cke/Michael Müller: *Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand*, 2. Auflage, Stuttgart 2006, S. 270.

⁶⁷ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Umwelt - Entwicklung - Nachhaltigkeit. Entwicklungspolitik und Ökologie, Bonn 2002, S. 30.

⁶⁸ Vgl. Egon Becker: „Sozial-ökologische Transformation. Anmerkungen zur politischen Ökologie der Nachhaltigkeit“. In: Reinold E. Thiel (Hrsg.): *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*, 2. Auflage, Bonn 2001, S. 56.

Landbevölkerung der Entwicklungs- und Schwellenländer. Fast zwei Milliarden Menschen sind zur Grundbedürfnisbefriedigung auf die Nutzung traditioneller Brennstoffe⁶⁹ angewiesen. Für Entwicklungs- und Schwellenländer ist Energie ein determinativer Entwicklungsfaktor und damit Voraussetzung für Armutsreduzierung. Ihre zukünftige Entwicklung wird entscheidend vom Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems⁷⁰ abhängen, denn der Energieverbrauch der Entwicklungs- und Schwellenländer wird aufgrund des prognostizierten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums zunehmen und muss angesichts der Gefahren des Klimawandels effizient, möglichst klimaneutral und umweltfreundlich gestaltet werden.⁷¹ „Die Entwicklungskrise der Dritten Welt ist nicht erklärbar ohne deren permanente Energiekrise.“⁷²

Die Energiekrise der Entwicklungs- und Schwellenländer umfasst dabei eine Vielzahl von Problemaspekten. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts haben sie das industrielle, zentrale, auf fossile Energieträger fokussierte, unnachhaltige Energiesystem adaptiert. Allerdings erfüllen die meisten von ihnen nicht die für ein zentrales Energiesystem notwendigen ökonomischen und geografischen Voraussetzungen. So ist das industrielle Energiesystem auf urbane Zentren sowie ausgebaute Infrastruktur fokussiert. Eine flächendeckende Versorgung weitläufiger ländlicher Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte war und ist damit nicht zu erzielen.⁷³ Hinzu kommt die Preisproblematik fossiler Energien. Zwar leiden auch die ölimportierenden Industrieländer unter den steigenden Energiepreisen, aber die ohnehin schwachen Volkswirtschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer werden ungleich stärker belastet. Mögliche

⁶⁹ Die Verwendung traditioneller Brennstoffe (auch traditionelle Biomasse genannt) umfasst das Verbrennen von Holz, Holzkohle oder Dung. Der Begriff verweist darauf, dass diese Brennstoffe lokal gesammelt und nicht weiter bearbeitet werden. Traditionelle Brennstoffe sind prinzipiell regenerativ und können nachhaltig genutzt werden, werden aber dennoch von moderner Biomassennutzung klar unterschieden. Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Energiewende zur Nachhaltigkeit, Berlin/Heidelberg 2003, S. 252f.

⁷⁰ Ein nachhaltiges Energiesystem beinhaltet alle Komponenten von der Energieherstellung, über eine Energiestrategie bis zur Nutzung durch den Endverbraucher und betrifft alle wirtschaftlichen Sektoren eines Landes. Nachhaltig ist es dabei im Sinne nachhaltiger Entwicklung, d.h. es vereinbart ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und intergenerationelle Bedürfnisse.

⁷¹ Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grüne Entwicklungspolitik: Wege in eine gerechtere Welt. Aktivitäten und Initiativen im Bundestag 2006, Berlin 2006, S. 13. Bspw. ist China der derzeit größte Emittent an Treibhausgasen insgesamt. Vgl. Bernhard Bartsch: „China stinkt zum Himmel“. In: *Frankfurter Rundschau*, 30. Oktober 2008, S.1.

⁷² Hermann Scheer: „Mit Volldampf in die Sackgasse. Die Entwicklungskrise der Dritten Welt kann nur mit erneuerbarer Energie gelöst werden“. In: *der überblick*, Jg. 37 (2001) 2, S. 6.

⁷³ Vgl. ebd., S. 6-9.

Folgen sind eine weitere gesellschaftliche Verarmung sowie politische Destabilisierungsprozesse.⁷⁴ Ferner ist das fossile Energiesystem mit einem absehbaren Versorgungsdefizit konfrontiert. Fossile Energieträger sind endlich, und den knapper werdenden Rohstoffen steht ein wachsender Bedarf gegenüber. Entsprechend muss zukünftig der umwelt-/energiepolitischen Diskussion in holistischer Perspektive ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. „Environmental sustainability underwrites sustained economic growth, which in turn supports political stability – necessary for effective sustainable development and attainment of all the Millennium Development Goals (MDGs) endorsed by the United Nations General Assembly in 2000. Without recognizing the importance of environment in their decision-making, the ability of development planners to produce lasting positive outcomes will be significantly impaired.”⁷⁵

Gerade Umweltpolitik ist immer wieder mit konträren Interessen konfrontiert und gilt als schwaches Politikfeld. Häufig wird kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen Vorrang eingeräumt und eine nachhaltige Umweltpolitik damit konterkariert. Diese Widersprüche zwischen wissenschaftlich belegten Erkenntnissen⁷⁶, langfristigen sowie nachhaltigen Ansätzen und kurzfristigen Interessen zeigen sich besonders deutlich in der Energie- und Klimapolitik. Besonders zwei Problematiken verstärken ein effektives Gegensteuern. Einerseits besteht ein Trend zur Sektoralisierung von Umwelt- und Klimaproblematiken, also eine sektorbasierte Betrachtung und Herangehensweise, die der Interdependenz der Problematiken nicht gerecht wird. Andererseits setzen hauptsächlich Schwellenländer wie China ungeachtet der Globalproblematik auf ein ungebremstes Wachstum und verweisen auf ihr Recht auf eine nachholende Entwicklung. Dieser Zielkonflikt von Umwelt und Wachstum dominiert schon seit der ersten Weltumweltkonferenz, der *United Nations Conference on the Human En-*

⁷⁴ Vgl. Philipp Lepenies: Weltwirtschaftliche Lage und Perspektiven. Auswirkungen der hohen Ölpreise auf die Entwicklungsländer, Frankfurt am Main 2005, in: http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE_Home/Service/Online_Bibliothek/PDF-Dokumente/Volkswirtschaftliche_Analysen/WLP_11_2005.pdf (20. Dezember 2007), S. 2-4.

⁷⁵ Organisation for Economic Co-operation and Development: Applying Strategic Environmental Assessment to Development Co-operation, o. O. o. J., in: <http://www.oecd.org/dataoecd/28/12/36451340.pdf> (24. März 2009), S. 4.

⁷⁶ So zeigt beispielsweise der Stern Report auf, dass die Kosten des Klimawandels das globale Bruttoinlandsprodukt stärker belasten, als die sofortige Einleitung einer klimaschonenden (also nachhaltigen) Entwicklung. Vgl. Nicolas Stern: *The Economics of Climate Change: The Stern Review*, Cambridge 2006, in: http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm (24. März 2009).

vironment (UNCHE), 1972 in Stockholm die globale umweltpolitische Agenda.⁷⁷ Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, 1987 durch den Bericht der *Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* präsentiert, sollte diesen Zielkonflikt aufheben, indem als Leitbild eine Bedürfnisbefriedigung in der Gegenwart etabliert wird, die nicht die Bedürfnisse künftiger Generationen riskiert.⁷⁸ Im Zuge der geforderten inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit müssen Entscheidungen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft um die Dimension der Nachhaltigkeit erweitert werden. Um allen Menschen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen, muss Entwicklung gerecht sein und in einem Rahmen stattfinden, der es der Umwelt erlaubt, sich zu regenerieren. Demgemäß erfolgt sie in einem Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen und dem Wunsch der Menschen nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.⁷⁹ Der Nachhaltigkeitsbegriff in seiner Multidimensionalität beinhaltet ökonomische, ökologische, politische, soziale, kulturelle und sicherheitspolitische Aspekte von Entwicklung.⁸⁰ Zudem wird nachhaltige Entwicklung um die zeitliche Perspektive der Dauerhaftigkeit ergänzt. Nur unter Berücksichtigung der holistischen Sichtweise von nachhaltiger Entwicklung kann die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen erreicht werden.⁸¹ Nachhaltige Entwicklung ist somit ein mehrdimensionaler sozioökonomischer Prozess, der in Wechselwirkung mit globalen Strukturproblemen steht.

Es gilt also eine nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern zu forcieren, die Prosperität ermöglicht und dabei den Globalherausforderungen von Hunger, Armut und Klimawandel nicht im Wege steht. Hierzu müssen sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer einen energetischen Pfad einschlagen, der sich auf die „3 E's“ fokussiert: Energieeffizienz, Energieeinsparung und Erneuerbare Energien.

⁷⁷ Vgl. Tanja Brühl: „Internationale Umweltpolitik“. In: Manfred Knapp/Gert Krell (Hrsg.): *Einführung in die Internationale Politik*. Studienbuch, 4. Auflage, München 2004, S. 653.

⁷⁸ Vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: *Unsere gemeinsame Zukunft*, hrsg. von Volker Hauff, [Brundtland-Bericht], Greven 1987, S. 46.

⁷⁹ Vgl. Peter Hofer/Janina Scheelhaase/Heimfrid Wolff: *Nachhaltige Entwicklung im Energiesektor? Erste deutsche Branchenanalyse zum Leitbild von Rio*, Heidelberg 1998, S. 64.

⁸⁰ Vgl. Hartmut Ihne/Jürgen Wilhelm: „Grundlagen der Entwicklungspolitik“. In: Dies. (Hrsg.): *Einführung in die Entwicklungspolitik*, 2. Auflage, Hamburg 2006., S. 12.

⁸¹ Vgl. Daniel Eisermann: *Die Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Rio-Johannesburg-Prozess*, Bonn 2003, S. 36.

Literatur

Bartsch, Bernhard: „China stinkt zum Himmel“. In: *Frankfurter Rundschau*, 30. Oktober 2008, S.1.

Becker, Egon: „Sozial-ökologische Transformation. Anmerkungen zur politischen Ökologie der Nachhaltigkeit“. In: Reinold E. Thiel (Hrsg.): *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*, 2. Auflage, Bonn 2001, S. 50-59.

Brühl, Tanja: „Internationale Umweltpolitik“. In: Manfred Knapp/Gert Krell (Hrsg.): *Einführung in die Internationale Politik*. Studienbuch, 4. Auflage, München 2004, S. 651-682.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Umwelt - Entwicklung - Nachhaltigkeit. Entwicklungspolitik und Ökologie, Bonn 2002.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grüne Entwicklungspolitik: Wege in eine gerechtere Welt. Aktivitäten und Initiativen im Bundestag 2006, Berlin 2006.

Edenhofer, Ottmar /Lotze Campen, Hermann: „Emissionen müssen etwas kosten“. In: *Dossier in Welt-Sichten*, o. Jg. (2008) 5, S. 9-11.

Eisermann, Daniel: Die Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Rio-Johannesburg-Prozess, Bonn 2003.

Hennicke, Peter/Müller, Michael: *Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand*, 2. Auflage, Stuttgart 2006.

Hofer, Peter/Scheelhaase, Janina/Wolff, Heimfrid: Nachhaltige Entwicklung im Energiesektor? Erste deutsche Branchenanalyse zum Leitbild von Rio, Heidelberg 1998.

Ihne, Hartmut/Wilhelm, Jürgen: „Grundlagen der Entwicklungspolitik“. In: Dies. (Hrsg.): *Einführung in die Entwicklungspolitik*, 2. Auflage, Hamburg 2006., S. 1-40.

Lepenies, Philipp: Weltwirtschaftliche Lage und Perspektiven. Auswirkungen der hohen Ölpreise auf die Entwicklungsländer, Frankfurt am Main 2005, in: http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE_Home/Service/Online_Bibliothek/PDF-Dokumente_Volkswirtschaftliche_Analysen/WLP_11_2005.pdf (20. Dezember 2007).

Loske, Reinhard: Klimapolitik. Im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen, Marburg 1997, S. 63.

Loster, Thomas: „Die Armen trifft es am härtesten. Die Häufigkeit und Schwere von Wetterkatastrophen nimmt zu“. In: *Dossier in Welt-Sichten*, o. Jg. (2008) 5, S. 5f.

Oberthür, Sebastian / Ott, Hermann E.: The Kyoto Protocol. International Climate Policy for the 21st Century, Berlin/Heidelberg 1999.

Organisation for Economic Co-operation and Development: Applying Strategic Environmental Assessment to Development Co-operation, o. O. o. J., in: <http://www.oecd.org/dataoecd/28/12/36451340.pdf> (24. März 2009).

Rockström, Johan et al.: A safe operating space for humanity, in: *nature*, Jg. 461 (2009) 24. September, in: <http://www.nature.com/nature/journal/v461/n7263/full/461472a.html> (22. Februar 2010), S. 472-475.

Scheer, Hermann: „Mit Volldampf in die Sackgasse. Die Entwicklungskrise der Dritten Welt kann nur mit erneuerbarer Energie gelöst werden“. In: *der überblick*, Jg. 37 (2001) 2, S. 6-13.

Schmitz, Stefan: Nachhaltige Energie für Entwicklung. Strategie, Programm und Handlungsfelder in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, in: Beratungs- und Transfer-Agentur für Erneuerbare Energien in der Entwicklungszusammenarbeit et al. (Hrsg.): Globale Energieversorgung. Erneuerbare Energien in der Entwicklungszusammenarbeit, o. O. o. J., [Reader zur Vortragsreihe an der Universität Hamburg Sommersemester 2003], in: <http://www.bertha-hamburg.de/pdf/Archiv/Reader%20komplett.pdf> (23. Dezember 2007), S. 27-32.

Sheeran, Josette: „Die Krise hinter der Krise,„. In: *Frankfurter Rundschau*, 15. Oktober 2008, S. 16.

Stern, Nicolas: The Economics of Climate Change: The Stern Review, Cambridge 2006, in: http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm (24. März 2009).

Töpfer, Klaus: Umweltzerstörung und Armut als Wachstumsbremsen. Rede zur 5. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Berliner Congress Center, Berlin 6. September 2005, in: Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.): Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit. Dokumentation von Beiträgen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur globalen Politik, Berlin o. J., S. 5-15.

Unmüßig, Barbara: Kampf um Rohstoffe. Das Great Game des 21. Jahrhunderts, in: *Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung*, o. Jg. (2007) 4, S. 3f.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Energiewende zur Nachhaltigkeit, Berlin/Heidelberg 2003.

Youngs, Richard: What Role for Sub-Saharan Africa in Europe's Energy Policies?, [EDC Working Paper No. 5/2009], o. O. 2009, in: http://www.edc2020.eu/fileadmin/Textdateien/EDC_2020_Work_paper_No_5.pdf (25. Januar 2010).

Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft, hrsg. von Volker Hauff, [Brundtland-Bericht], Greven 198

Ein „weniger europäisches“ Mittelmeer? Europapräsentationen in der Auseinandersetzung mit der arabischen Welt in Deutschland und Frankreich in den 1990er Jahren

Johan Grußendorf

Dieses Promotionsprojekt untersucht Repräsentationen Europas in der Auseinandersetzung mit der arabischen Welt in der Umbruchzeit der 1990er Jahre.

Im Kern handelt es sich um einen Vergleich praxisorientierter Forschungsinstitute in Deutschland und Frankreich. Mit dem Fokus auf Vor- und Herstellungen von Eigen- und Fremdrepräsentationen im Spannungsfeld zwischen Experten, Regierungen und Öffentlichkeit wird die Frage verfolgt, wie das *Eigene* in der Entwicklung des *Anderen* gespiegelt wurde.

Fragestellungen

Wie setzten Akteure in diesen Kontexten Europa ein? Was war Europa für sie? Wie wurden Beziehungen und Grenzziehungen hergestellt?

Welche Akteure waren maßgeblich und welche Verbindungen, Transfers und Übersetzungen von Repräsentationen gab es; in welchen Bereichen liefen derartige Prozesse weniger ab?

Was waren wichtige Ereignisse, die den Streit um Europas Rolle gegenüber der arabischen Welt im Untersuchungszeitraum strukturierten? Welche Bedeutung hatte die Euro-Mediterrane Partnerschaft, der so genannte Barcelona-Prozess?

In der Auseinandersetzung mit der arabischen Welt ist ein besonderes Augenmerk auf die Staaten des Maghrebs gerichtet, da sie als Bezugspunkt für Frankreich eine wichtige Position inne haben. Indirekt sind sie auch für die Bundesrepublik von zentraler Bedeutung, da die deutsch-französische Partnerschaft im konstitutionellen Europa auf die Repräsentationen Europas ausstrahlt. Gerade im Untersuchungszeitraum fällt beiden Ländern eine wesentliche Rolle zu, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Sichtweisen der behandelten Fragen haben daher besonderes Gewicht. Es ist davon auszugehen, dass man sich auch hier in einem schwer verallge-

meinerbaren Bereich befindet, den man als „deutsch-französischen Kulturtransfer“ oder „deutsch-französische Verflechtungsgeschichte“ bezeichnet. Diese so genannte *Histoire croisée* wird verstanden als „Geschichte eines dynamischen Prozesses, der in vielerlei Hinsicht konstitutiv für die europäische Geschichte geworden ist“ (Werner 2007: 49).

Untersucht werden ausgewählte praxisorientierte Beratungsinstitute beider Länder. Das Quellenmaterial wird sowohl analysiert als auch mit den Funden aus unterschiedlichen nationalen und professionellen Kontexten verglichen.

These der Arbeit ist, dass die Umbruchsituationen einen Wandel der Europarepräsentationen bewirkt haben, der sich jeweils unterschiedlich stark akzentuiert in allen Bereichen nachweisen lässt. Die 1990er Jahre sind in Frankreich und Deutschland die Zeit einer verstärkten Auseinandersetzung mit der arabischen Welt. Sie ist gleichzeitig von größerer Unsicherheit in den Beziehungen und Grenzziehungen und immer stärkeren Eindeutigkeitsansprüchen in den Repräsentationen von Europa und seiner Nachbarschaft gekennzeichnet. Daher ist die Promotion im Sonderforschungsbereich (SFB) 640, „Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel“, assoziiert und eingebunden. Im Teilprojekt A5 „Europa-Repräsentationen und transnationale Öffentlichkeiten im Vergleich: Europa, arabische Welt, Russland, 1850er-1910er und 1990er-Jahre“ können transdisziplinäre, intertemporale Schnittstellen fruchtbar gemacht werden (z. B. Working Papers des Sonderforschungsbereiches 640, Nr. 3/2010, <http://www.sfb-repraesentationen.de/working-papers/europarepraesentationen-spanien-frankreich-und-deutschland-im-vergleich>).

Thema und Forschungsstand

Angelehnt an das Konzept von Roger Chartier wird es in der Arbeit bei Repräsentationen von Europa in erster Linie um gedankliche Figurationen mit Bezug zu Europa gehen, mit deren Hilfe die Akteure den jeweiligen Entwicklungen Sinn geben. Es wird davon ausgegangen, dass Europarepräsentationen in Konkurrenz- und Wettbewerbssituationen stehen, es also auch um Macht und Herrschaft geht. Obwohl die entsprechenden Figuren und Motive durchaus unterhalb der bewussten Ebene angesiedelt werden können, sind sie notwendig, um Geschichte und Gegenwart zu deuten (Chartier 1989: 10-12). Solche Repräsentationen sind Handlungsbedingun-

gen und Handlungsressourcen. Ihre Bedeutung erschließt sich erst in den zeitlichen, räumlichen, sozialen und kulturellen Kontexten (Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel, Antrag auf Finanzierung der zweiten Phase des Sonderforschungsbereiches 640 2007: 33). Repräsentationen bilden eine eigene Kategorie und werden anders verstanden als Begriffe wie Bewusstsein, Selbstverständnis, Zugehörigkeit und Identität, die in der Europa-Forschung ebenfalls wichtig sind (Kaelble 2001; zu Zugehörigkeit und Identität Wismann 2007) So wird vielfach bestritten, dass eine mediterrane Identität existiert (Petricioli 2008: 16), auch wenn bei französischen Konzepten solche Ideen anklingen. Doch legen die historischen Entwicklungslinien der Mittelmeerregion nahe, dass diese Kontaktzone eine besondere Rolle in der Organisation von Wissen über Europa einnimmt.

Am Beispiel der Europarepräsentationen von Historikern konnte bereits gezeigt werden, dass steigende Konvergenzen der Akteure in Bezug auf Europabewusstsein, europäisches Selbstverständnis und Zugehörigkeitsgefühl zu Europa sich nicht zwangsläufig auf die Repräsentationen auswirkten. Es wurde vielmehr festgestellt, dass beim Analysieren der Repräsentationen Europas oft national geprägte Muster überwiegen, wenn Historiker die Geschichte Europas her- und vorstellen. Zum Einen konnte diese Herstellung über das Kombinieren verschiedener disziplinärer Ergebnisse – mehr als über eigentliche Forschung – vorgenommen werden. Zum Anderen waren Elemente und Annahmen, die dabei erkenntnisleitend wirkten, oft dem jeweiligen nationalen Kontext entlehnt (Rößner, 2009).

Über diese Forschung hinaus sind viele Aspekte des Streits um Europa der 1990er Jahre historisch bisher nicht analysiert worden, zumal Sozialwissenschaftler und Juristen in der Europaforschung bereits das Interesse an den 1990er Jahren verlieren. Die Bedeutung der Umbrüche 1989-1991 wird von Historikern allerdings als Erweiterung des Spielraums der europäischen Staaten angesehen. (Frank 1998; Kaelble 2008; Arbeiten aus anderen Disziplinen z. B. Jachtenfuchs 2002; Jung 1999; Schäfer 2007). In der Europaforschung gibt es zudem einen berechtigten Schwerpunkt in der Frage nach dem *Eigenen*. Daraus folgt allerdings, dass das *Andere*, sprich: vermeintlich außereuropäische Bezugspunkte, in der Forschung selten sind. Wenn sie existieren, werden zumeist die USA oder Ostasien gewählt. Die jüngste Geschichte der Repräsentationen Europas in den Beziehungen zur arabischen Welt bildet daher ein

Forschungsdesiderat, zumal auch die innereuropäische Selbstverständigung über Europa, Mittelmeer und Entwicklung eng mit der Geschichte der europäischen Beziehungen zu den Staaten des nördlichen Afrikas zusammenhängt (vgl. Tängerstad 2000; Kaelble 2008). Der französische Kontext birgt in diesem Zusammenhang eine lange (akademische) Tradition einer spezifischen Vorstellung des Mittelmeers, die ein wichtiger Analyseansatz bei der Frage nach Europarepräsentationen sein kann (Wieck 2008: 69-74).

Vorgehensweise

Ausgehend von Denkanstößen der Wissenssoziologie und der Wissenschaftsgeschichte werden Repräsentationen Europas im Bereich von praxisorientierter Wissenschaft und Politikberatung untersucht. In diesem Bereich spielt die Kategorie des Wissens eine zentrale Rolle, zudem können Gegenstände der Wissensgesellschaft auf entscheidungsnahen Eliten wirken, z. B. in der nationalen oder supranationalen Politik (vgl. Latour 1996: 266; Vogel 2004: 658-660).

Daher berücksichtigt die Analyse im Kern Quellen aus dem Bereich der akademischen internationalen Beziehungen. Mit einbezogen werden Äußerungen von Politikern in den entsprechenden Publikationen. Presseartikel der Berater und Experten zeigen eine zunehmende Öffnung der praxisorientierten Institute gegenüber der Medienöffentlichkeit. Da die akademischen internationalen Beziehungen insbesondere in Frankreich eine Nische besetzen, spielen Fachzeitschriften und ähnliche Informationsmedien hier eine große Rolle (Hartmann 2003: 233). Eine Konzentration auf Pariser Institutionen allgemeiner Bedeutung erschließt Quellen mit besonderer Nähe zu Eliten. Hierbei werden Publikationen und Wissenspraktiken des Centre d'études et de recherches internationales (CERI) und des Institut français des relations internationales (IFRI) untersucht. In Deutschland sind die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) die Vergleichsinstitutionen.

Ein besonderes Anliegen des Projekts ist es, Transfers und unterbliebene Transfers zwischen einzelnen untersuchten Bereichen in den Blick zu nehmen und auch nationale Unterschiede über die historischen Entwicklungslinien hinaus zu thematisieren,

wie beispielsweise die Wirkung von elitären Ausbildungsinstitutionen und Beziehungsnetzen.

Entwicklungsprozesse im Maghreb und europäische Entwicklungspolitik

Am konkreten Beispiel wird deutlich, wie Interpretationen des Paradigmas *Entwicklung* den untersuchten Experten halfen, zwischen dem *Eigenen* und dem *Anderen* zu differenzieren. In den verschiedenen Textformen der SWP lassen sich sowohl diese beiden Gegensätze, als auch Ideen einer Verflechtung zwischen Maghreb und Europa nachweisen (siehe auch die schematische Darstellung der drei Repräsentations-Stränge). Unter dem Stichwort Entwicklung ging es zumeist um Unterschiede. Die SWP-Forscher betonten das Andere im Maghreb, um die eigene Kompetenz in der Bewertung dieser Andersartigkeit zu unterstreichen. Somit ging es in den allermeisten herangezogenen Expertisen nicht um eine simple Darstellung eigener deutscher oder europäischer Repräsentationen gegenüber einer im Prinzip austauschbaren Folie. Ganz im Gegenteil ging es sehr detailliert und zudem differenzierend zwischen den einzelnen Maghrebstaaten um sich konkretisierende Problemlagen.

Neben den derart fokussierten Analysen, vor allem konzentriert auf Migrations- und Bevölkerungsentwicklungsfragen wurde in der SWP auch der Horizont gegenüber vermeintlich Anderen weit verstanden, indem SWP-Mitarbeiter beispielsweise eine Konkurrenz zwischen dem Maghreb und den Visegrád-Staaten des ehemaligen Ostblocks annahmen.

Ein erstes Beispiel für die Gegenüberstellung lieferte für die SWP der Friedensforscher Dieter Senghaas in einem Arbeitspapier vom Januar 1991. Es trug wie alle Texte dieser SWP-Reihe einen Sperrvermerk. Im Papier wurden die neuen Aufgaben der Friedensgestaltung in Europa mit der Umgebung zusammengebracht (Senghaas 1991).

Vor allem bei der wirtschaftlichen Einordnung der zukünftigen Möglichkeiten wurde „Osteuropa“ mit den „nordafrikanischen Mittelmeeranrainern“ in Konkurrenz gesetzt. Im europäischen Kontext hätte man nach Senghaas erwarten können, dass die internationale Arbeitsteilung den Mittelmeeranrainern (in diesem Zusammenhang wurden auch die Türkei, Griechenland und Portugal genannt) Produktionsmöglichkeiten

in bestimmten Sparten ermöglichen würde. Diese Möglichkeiten bestünden nun auch für Osteuropa (Senghaas 1991: 49).

Obwohl in den Ausführungen eine Konkurrenzsituation bereits angelegt war, stellte sich bei Senghaas' Arbeitspapier die Einschätzung der Frage, was das „östliche Europa in internationaler Arbeitsteilung“ – die Überschrift des entsprechenden Abschnitts – bewirken würde, positiv dar (Senghaas 1991: 48). Sein Papier kann als genereller Angriff auf die Annahme gewertet werden, Entwicklungslinien der Unterlegenheit würden gleichsam automatisch perpetuiert:

„Der aus der Entwicklungsdiskussion bekannte Sachverhalt anhaltend abhängiger Beziehungen zwischen ‚fortgeschrittenen Zentren‘ und ‚rückständigen unterentwickelten Peripherien‘ ist kein unausweichliches Schicksal“ (Senghaas 1991: 50).

Diese Kritik am Paradigma der Peripherisierung war im Beitrag zwar explizit auf Osteuropa gemünzt, eine davon abweichende Einschätzung der „nordafrikanischen Mittelmeerränder“ machte Senghaas jedoch nicht.

Trotz dieser optimistischen Einschätzung zu Beginn der 1990er Jahre wurde nicht nur in Entwicklungsfragen im Laufe des Jahrzehnts die Konkurrenz zu Ungunsten des Maghrebs entschieden. Während besonders in Deutschland der *Osten* weniger *anders* vor- und hergestellt wurde, verstärkte sich die Etablierung eines *anderen Südens*. Europa war mit Hilfe von Grenzen und Verbindungen neu konstituiert worden.

Literatur

Chartier, Roger, *Die unvollendete Vergangenheit*. Geschichte und die Macht der Weltauslegung (Berlin: Wagenbach, 1989).

Frank, Robert, „Les contretemps de l'aventure européenne“, in: *Vingtième Siècle* (1998), 60, oct.-déc. 1998.

Grußendorf, Johan & Andreas Weiß, *Europarepräsentationen*. Spanien, Frankreich und Deutschland im Vergleich (Working Papers des Sonderforschungsbereiches 640 3) (Berlin, 2010).

Hartmann, Jürgen, *Geschichte der Politikwissenschaft*. Grundzüge der Fachentwicklung in den USA und in Europa (Opladen: Leske + Budrich, 2003).

Jachtenfuchs, Markus, *Die Konstruktion Europas*. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung (Weltpolitik im 21. Jahrhundert 9) (Baden-Baden: Nomos, 2002).

Jung, Sabine, *Europa, made in France*: Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft - von den Anfängen bis heute (Nomos Universitätschriften: Politik 97) (Baden-Baden: Nomos, 1999).

Kaelble, Hartmut, *Europäer über Europa*. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt a. M., New York: Campus, 2001).

Kaelble, Hartmut, „Die Europaforschung der Historiker“, in: *Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften*, hrsg. von Friedrich Jaeger & Hans Joas (Denkart Europa 7) (Baden-Baden: Nomos, 2008), S. 183–203.

Latour, Bruno, *Der Berliner Schlüssel*: Erkundungen eines Liebhabers der Wissenschaften (Berlin: Akademie Verlag, 1996).

Petricioli, Marta, „Introduction“, in: *L'Europe méditerranéenne - Mediterranean Europe*, 2008, hrsg. von Dems. (L'Europe et les Europes 8) (Brüssel, Bern, Berlin u. a.: Peter Lang), S. 11–20.

Rößner, Susan, *Die Geschichte Europas schreiben*. Europäische Historiker und ihr Europabild im 20. Jahrhundert. Humboldt-Univ., Diss--Berlin, 2008. (Eigene und fremde Welten 16) (Frankfurt a. M., New York: Campus, 2009).

Schäfer, Isabel, *Vom Kulturkonflikt zum Kulturdialog?* Die kulturelle Dimension der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) (Baden-Baden: Nomos, 2007).

Senghaas, Dieter, *Europa, quo vadis?* Neue Aufgaben für eine Politik der Friedensgestaltung (SWP-AP) (Ebenhausen, Januar 1991).

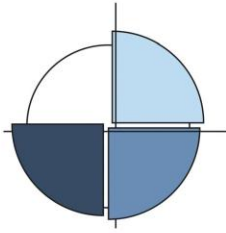
Tängerstad, Erik, „The Third World" as an Element in the Collective Construction of a Post-Colonial European Identity“, in: *Europe and the other and Europe as the other*, hrsg. von Bo Stråth (Series multiple Europes 10) (Brüssel: Lang, 2000), S. 157–193.

Vogel, Jakob, „Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der "Wissensgesellschaft"“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 639–660.

Werner, Michael, „Ideologische Bindungen als Ein- und Ausschlußfaktoren bei Migrantengruppen: Deutsche Emigranten in Frankreich während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“, in: *Europa der Zugehörigkeiten. Integrationswege zwischen Ein- und Auswanderung*, hrsg. von Rudolf von Thadden, Steffen Kaudelka & Thomas Serrier (Genshagener Gespräche 10) (Göttingen: Wallstein, 2007), S. 49–58.

Wieck, Alexis, „From Pax Romana to Pax Americana, 1789-1995. The Idea of the Mediterranean in the French Imaginary between Orientalism and Altermondialism“, in: *L'Europe méditerranéenne - Mediterranean Europe*, hrsg. von Marta Petricioli (L'Europe et les Europes 8) (Brüssel, Bern, Berlin u. a.: Peter Lang, 2008), S. 49–74.

Wismann, Heinz, „Begriffe der Zugehörigkeit im europäischen Vergleich“, in: *Europa der Zugehörigkeiten. Integrationswege zwischen Ein- und Auswanderung*, hrsg. von Rudolf von Thadden, Steffen Kaudelka & Thomas Serrier (Genshagener Gespräche 10) (Göttingen: Wallstein, 2007), S. 11–13.



Europarepräsentationen in der Auseinandersetzung mit der arabischen Welt in Deutschland und Frankreich in den 1990er Jahren

Johan Grußendorf

Assoziiertes Unterprojekt im Sonderforschungsbereich 640 Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel

Betreuer: Hartmut Kaelble

Das Projekt fokussiert das Eigene im Spiegel der Entwicklung des Anderen. Im Zentrum stehen dabei praxisorientierte Beratungsinstitute und das Verhältnis von Europa und dem Maghreb. Im institutionengeschichtlichen Vergleich wird auch der Transfer zwischen verschiedenen Öffentlichkeiten in den Blick genommen.

Eigen-Repräsentationen:

- Mittelmeerpolitik als gemeinsames Interesse
- Der Umbruch als europäisches Eigenes
- Supranationalität als europäische Besonderheit

Verflochtenheits-Repräsentationen:

- Mittelmeer als gemeinsamer Raum
- Europa und Maghreb als verflochten in Krisen-Bedrohungen
- Islam als Teil Europas

Andere-Repräsentationen:

- Südlicher Mittelmeerraum als Herausforderung
- Maghreb als nicht-europäische Region
- National-perspektivisch andere Europas der Zukunft

Humboldt-Universität zu Berlin
SFB 640

Johan Grußendorf
Assoziiertes Mitglied/
Doktorand

Sitz: Mohrenstr. 40/41
Raum: 521
Telefon: 030/2093-4980

johan.grussendorf@
alumni.hu-berlin.de

[www.sfb-repraesentationen.de/
mitglieder/johan-grussendorf](http://www.sfb-repraesentationen.de/mitglieder/johan-grussendorf)

Das Unterprojekt wird ermöglicht durch die Graduiertenförderung der

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**



Ethnographie und Biographieanalyse entwicklungspolitischer Organisationen in Lateinamerika und Europa

René Michalsky

Fragestellung

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wird in den Regionen Europa und Lateinamerika sowohl von der Öffentlichkeit als auch von verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen kritisch ins Visier genommen. Besonders bei der Projektarbeit in ländlichen Regionen Lateinamerikas stellt sich angesichts der enormen sozialen Wandlungsprozesse (demographische Veränderungen, neue soziale Bewegungen, Politisierung ethnischer Gruppen etc.) die Frage nach den Einflussmöglichkeiten, Veränderungspotentialen und Arbeitsweisen entwicklungspolitischer Vorhaben. Darüber hinaus wird seit Jahren von der Entwicklungsforschung Bedarf an empirischen Untersuchungen zu den Beziehungen von entwicklungspolitischen Organisationen des „Nordens und Südens“ und angemeldet.⁸² Es gibt kaum Einsichten in die Interaktionsformen, Machtbeziehungen und Perspektiven der unterschiedlichen Akteure in den genannten Regionen. Des weiteren gewinnen die Fragen nach den Zusammenhängen von kollektiv organisierter Arbeit und sozialem Wandel einerseits sowie kollektiver Identitätsarbeit und Biographie andererseits angesichts globaler Veränderungsdynamiken in den letzten Jahren immer mehr Bedeutung.⁸³

Das Promotionsvorhaben widmet sich der Analyse und Beschreibung der entwicklungspolitischen Akteurslandschaften und deren Zusammenhänge in Lateinamerika und Europa. Die Perspektiven, Zusammenhänge, Herausforderungen und Probleme von Zielgruppen, Partnerorganisationen und internationalen Entwicklungsorganisationen sollen aus der Sicht von Experten (Personen, welche sich einen Entwicklungsauftrag zugeschrieben haben bzw. einem Auftrag nachgehen) beschrieben werden. Es soll geklärt werden, welchen Aufgabenstellungen, Arbeitsweisen und Herausforderungen diverse entwicklungspolitische Akteure nachgehen und wie sie organisati-

⁸² Vgl. Kühl 2005; vgl. Lenzen (2001); vgl. Donath 2004; vgl. Rodríguez-Carmona 2010.

⁸³ Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, hg. von Dirk Messner und Imme Scholz (Deutsches Institut für Entwicklung), Baden-Baden, 2005

onelle⁸⁴ Aufgaben (interne Entscheidungsfindungsprozesse, Lernprozesse, Wissensmanagement etc.) handhaben. Dabei wird die Rolle des entwicklungspolitischen Mitarbeiters/ Experten genauer untersucht und seine individuellen Gestaltungsmöglichkeiten im Bezug auf alle relevanten organisationellen Aufgaben erörtert. So wird beispielsweise die Nutzung biographischer Ressourcen bei der Bewältigung verschiedener Arbeitsaspekte (Feldzugang, Perspektivvermittlung, Aushandlung gemeinsamer Werteorientierung und geteilter Rationalitätskonzepte u.ä.) analysiert.

Der Zusammenhang biographischer und kollektiv-organisationeller Prozesse stellt eine zentrale Analyseebene dar. Durch diesen Analysefokus soll geklärt werden, wie die Erarbeitung von Konsens zwischen den Experten (als Repräsentanten der Organisationen) und den Zielgruppen ermöglicht wird sowie Fragen zur Legitimation und divergierenden Rationalitäten/ Perspektiven im Rahmen von entwicklungspolitischen Nord-Süd-Beziehungen organisationell und individuell gelöst werden. Darüber hinaus sollen die Beziehungen zwischen NGOs, staatlichen Entwicklungsagenten und sozialen Bewegungen in Europa und Lateinamerika untersucht werden. Hierdurch soll erörtert werden, welchen Einfluss/ welche Gestaltungskraft die entwicklungspolitischen Akteure auf Identitätsbildungsprozesse und die Ausarbeitung einer globalen Entwicklungsvision haben.

Methodologie und Methoden

Für die Bearbeitung der Fragestellung bietet sich eine prozessorientierte Forschungsperspektive an, welche dem Ansatz folgt, dass soziale Phänomene durch Akteure in interaktiven Situationen hergestellt werden.⁸⁵ Das Forschungsdesign ist im Sinne der Grounded Theory angelegt. Phasen der Datenerhebung und der Datenauswertung wechseln sich dabei ab, bis eine empirische Sättigung eintritt. Das Ergebnis derartigen Forschens ist die Generierung eines feingliedrigen theoretischen Modells, welches auf Daten basiert.

⁸⁴ „Organisationell“ wird hier substitutiv für den Begriff „institutionell“ gebraucht, da der Begriff der Institution in den letzten Jahren überfrachtet scheint. „Organisationell“ ist als die-Organisation-betreffend zu verstehen.

⁸⁵ Für methodologische Probleme in der Entwicklungsforschung siehe: Empirische Sozialforschung über Entwicklungsländer. Methodenprobleme und Praxisbezug, Herausgegeben für die Kölner Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungsländerforschung e.V. von Prof. Dr. Hans Dieter Seibel, Saarbrücken, 1992.

Um die individuellen Motivationslagen und Gestaltungsmöglichkeiten der Experten zu erforschen, bietet sich die Arbeit mit autobiographisch-narrativen Interviews an, durch deren prozessanalytische Auswertung die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen biographischen Dimensionen und kollektiven Prozessdynamiken untersucht werden können. Um die Beziehungen zwischen organisationellen sowie projektbezogenen Arbeitsabläufen einerseits und individuellen Orientierungen andererseits zu untersuchen, habe ich mit ExpertInneninterviews gearbeitet.

Die Kontrastierung der Interviewdaten erfolgt sowohl durch die Inhaltsanalyse der Selbstdarstellungen verschiedener Organisationen (Wissensanalyse) als auch durch ethnographische Daten. Durch die Triangulation der hier aufgeführten Methoden können vielfältige Forschungsergebnisse erzielt werden. Zum einen werden die Daten in einer methodischen Perspektive pragmatisch gebrochen, was meint, dass die Aussagen der Informanten ihren Handlungen und den Selbstdarstellungen der Organisationen gegenübergestellt werden. Inhaltlich können Paradoxien professionellen Handelns, die Konzeptionalisierung von sozialen Räumen/ Identitätszusammenhängen, die Prozesse/ Dynamiken in Aushandlungssituationen sowie Methoden der Konsensgenerierung und Perspektivvermittlung im Rahmen entwicklungspolitischen Arbeitens erörtert werden.

Forschungsfelder und Forschungsprozess

Im Rahmen der Forschung wurden Daten in drei verschiedenen Regionen erhoben: Deutschland, Mittelamerika und Südamerika. Um einen Zugang zum Feld zu erhalten, war es nötig, Kontakte zu Organisationen aufzubauen. In Bolivien, Deutschland und Mexiko habe ich deshalb mehrere Monate ehrenamtlich in entwicklungspolitischen Organisationen gearbeitet und somit sowohl eine Innenansicht verschiedener Akteure und ihrer Arbeitsweisen erschlossen als auch Kontakt zu Informanten aufgebaut. Während zwei Forschungsaufenthalten in den Jahren 2002 und 2004 wurde die Rolle von entwicklungspolitischen Organisationen sowie Experten in indigenen Gemeinden Chiapas (Mexiko) untersucht. In dieser Zeit habe ich u.a. drei Monate in einer mexikanischen NGO gearbeitet. Seit 2005 bin ich in verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen (terre des hommes und Weltladendachverband) ehrenamtlich tätig. Die Praktika in der GTZ und dem Berliner Dachverband entwicklungspolitischer NGO (BER e.V.) eröffneten mir eine Reihe von Kontakten zu Infor-

manten sowie den Zugang zu vielfältigen Erhebungssituationen (Ethnographie). In den Jahren 2009 und 2010 war ich für insgesamt zwölf Monate in Bolivien und habe dort neben der bolivianischen NGO „Pusisuyu“, welche ich ehrenamtlich unterstütze, eine Reihe von Entwicklungsorganisationen begleitet.

Bei allen Feldaufenthalten lag der Fokus auf der Beobachtung organisationsinterner Aushandlungs- und Arbeitsprozessen sowie auf den Interaktionsformen mit den Zielgruppen, Partnerorganisationen und anderen entwicklungspolitischen Akteuren. Deshalb waren die Projektbesuche, Mitgliedsversammlungen, Teambesprechungen, Konferenzen und Tagungen ausgezeichnete soziale Situationen, in denen ethnographische Beobachtungen durchgeführt werden konnten. Durch die ehrenamtliche Arbeit konnten soziale Beziehungen, welche durch Reziprozität gekennzeichnet sind, aufgebaut werden. Man kann deshalb sagen, dass sowohl die Interviewdaten als auch die ethnographischen Daten eine enorme Dichte⁸⁶ aufweisen.

Auswertung und Ergebnisse

Das Datenmaterial der autobiographisch narrativen Interviews wird gemäß des Konzepts der „natural history“, das die zentralen Lebensphasen der Probanden chronologisch zusammenfasst, sowie mit dem Fokus auf die dominierenden Prozessstrukturen dargestellt. Den biographischen Ursprüngen (Europa, Mittelamerika, Südamerika) Rechnung tragend, werden hierfür drei Unterkapitel erstellt. Die aus den ExpertInneninterviews gewonnenen Daten werden in vier Unterkapiteln zusammengefasst. Neben den drei Kategorien Basisgruppen Bolivien, Deutschland und Mexiko gibt es eine weitere, welche den komplexen Strukturen internationaler EZ-Organisationen (Außenbüros, Zentrale etc.) gerecht wird und die Aussagen ihrer Mitarbeiter unabhängig vom biographischen Ursprung wiedergibt. Daneben werden repräsentativ ausgewählte Organisationen sowie die Akteurskonstellationen im Feld der Entwicklungspolitik wissensanalytisch beschrieben und unter Hinzuziehung ethnographischer Beobachtungsdaten charakterisiert.

- Bei der Auswertung der biographischen Daten wurde offenbar, dass die Probanden mit ihrem Handeln gänzlich verschiedene Motivationen und Entwürfe verbinden.

⁸⁶ Begriff geht auf Geertz (1983) zurück.

Geht es den deutschen Informanten vor allem um die Bearbeitung von globalen Ungerechtigkeitsereignissen, so sehen die mexikanischen und bolivianischen Probanden die mit dem professionellen Handeln verbundene Existenzsicherung aufgrund der monetären Einnahmen sowie den Wissenserwerb als maßgebende Orientierung. Alle Informanten weisen auf die bei der Arbeit mit der Zielgruppe auftretenden Herausforderungen und Probleme hin. Dabei wird ersichtlich, dass letztendlich kreative Handlungsansätze unter Nutzung biographischer Ressourcen ausschlaggebend für die Lösung der Aufgabenstellungen sind. Darüber hinaus lässt sich erkennen, dass die Experten eine Vielzahl von sozialen Beziehungen in der sozialen Welt der Zielgruppe unterhalten, welche rein professionelle Interaktionsformen übersteigen. Die Erarbeitung einer spezifischen Rolle, welche den Rahmen einer Funktionsrolle transzendiert, erweist sich als Bedingung für den Erfolg entwicklungspolitischer Agierens. Keiner der Informanten offenbart Frustrationstendenzen im Zusammenhang mit seiner professionellen Tätigkeit. Vielmehr zeigen die Probanden eine pragmatische Perspektive auf, die sich auf die Herausforderungen, Dynamiken und Probleme der Zielgruppen richtet und dabei den Einfluss entwicklungspolitischer Organisationen als nur eine neben anderen Größen konzeptionalisiert. Insbesondere bei den deutschen Probanden zeigen sich Fremdheitserfahrungen nach der Rückkehr nach Deutschland, im Rahmen derer sie sich über das Ausmaß der Wandlungsprozesse, welche sie während des Feldaufenthaltes durchlaufen haben, bewusst werden.

- Die ExpertenInneninterviews offenbaren, dass die Basisgruppen v.a. mit Fragen der Legitimation, der Finanzierungssicherung und der Zusammenarbeit mit der Zielgruppe beschäftigt sind, um darüber den organisationellen Erhalt zu sichern. Die internationalen Organisationen sehen sich hingegen mit Aufgaben im Bereich organisationaler Prozesse des Wissensmanagements, der entwicklungspolitischen Positionierung im globalen Kontext und der Arbeit mit den Partnerorganisationen konfrontiert. Auffällig sind die starken Unterschiede zwischen der Außenstruktur und der Zentrale in internationalen Organisationen. Die Herausforderungen in der Arbeit mit der Zielgruppe scheint indes bei allen Organisationstypen gleich.
- Des Weiteren ist allen Organisationen gemein, dass zwischen den in den Projektkatalogen vereinbarten Zielen und Aufgaben einerseits und den „tatsächlichen“ Arbeitsweisen andererseits Übersetzungsarbeit geleistet wird. D.h. dass die explizier-

ten Projekthinhalte im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Zielgruppe re-definiert werden. Komplementär dazu werden die Handlungsergebnisse den Erfolgsindikatoren in Fortschritts- und Rechenschaftsberichten angepasst. Die Informanten verweisen auf eine Reihe informaler Interaktionskontexte, in denen Ziele, Strategien, Arbeitsweisen und Perspektiven ausgehandelt werden.

- Die ethnographischen Beobachtungen und ExpertInneninterviews verweisen auf die Existenz einer Vielzahl von Paradoxien und Ambivalenzen, die im Rahmen entwicklungspolitischen Agierens auftreten und in den standardisierten Selbstdarstellungen der Organisationen (Internetpräsenz etc.) nicht thematisiert werden. So gibt es kaum Ansätze für eine gleichberechtigte Partizipation von Zielgruppenvertretern, Partnerorganisationen, Durchführungsorganisation und Financiers an der Planung und Durchführung von Vorhaben. Des Weiteren präsentieren sich die Partnerorganisationen in Bolivien und Mexiko nicht selten als legitime Repräsentanten von Zielgruppen (sozialen Gruppen). Diesem Anspruch werden sie jedoch in vielen Fällen nicht gerecht, da Zielgruppenvertreter nicht in organisationelle Prozesse jeder Art mit eingebunden werden sowie die sozialen Welten⁸⁷ der Zielgruppen als homogen dargestellt werden, was oftmals nicht zutrifft. Ähnlich verhält es sich bei der Betrachtung der Beziehung zwischen internationalen Organisationen und deren Partnerorganisationen. Selten lernen die Vertreter von Partnerorganisationen (Basisgruppen) die organisationellen Realitäten und sozialen Welten der Zentralen internationaler Organisationen in Europa kennen. Arenen für grundlegende Diskussionen unter Beteiligung aller Akteure sind eher selten anzutreffen und die Interaktionsbeziehungen zwischen den Akteuren im Zusammenhang mit Interessen sowie Macht zu beschreiben.

- Die Experten fördern durch biographische Lernprozesse und Übersetzungsarbeit spezieller sozialweltlicher Elemente die Ausbildung integrierter und umfassender Identitätsmodelle und leisten damit einen Beitrag zur Generierung eines globalen, normativen Werteuniversums. Entwicklungspolitische Organisationen haben sich aufgrund von Legitimationsproblemen und wachsendem Wettbewerb mit organisationellen Herausforderungen auseinander zu setzen, welche von der eigentlichen Arbeit mit den Zielgruppen abhält. Die inter-organisationellen Zusammenhänge können

⁸⁷ Das Konzept der „Sozialen Welt“ geht auf Anselm Strauss zurück und wird hier anstelle des Kulturbegriffes gebraucht.

jedoch die Grundlage für einen globalen politischen Raum legen, in dem staatliche wie nicht-staatliche Kräfte gleichermaßen wirken. Zudem werden entwicklungspolitische Fragestellungen in den nächsten Jahren durch deren Beziehung zu beispielsweise umweltpolitischen und migrationbezogenen Themenkomplexen immer mehr Bedeutung gewinnen. Entwicklungspolitische Vorhaben können die Grundlage für die Generierung von Räumen, Perspektiven und Strategien bilden, in denen die weltpolitischen Herausforderungen der Zukunft bearbeitet werden. Hierfür sind jedoch selbstkritische Reflektionsprozesse in den Organisationen erforderlich. Kohärente Entwicklungsziele müssen zusammen mit anderen Politikressorts definiert und der partnerschaftliche Dialog zwischen alle Akteuren gefördert werden.

Literatur

Donath, Elke; Zwischen Rahmenbedingung und Erfahrungen (Experten in der Entwicklungszusammenarbeit), Witten, 2004.

Empirische Sozialforschung über Entwicklungsländer. Methodenprobleme und Praxisbezug, Herausgegeben für die Kölner Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungsländerforschung e.V. von Prof. Dr. Hans Dieter Seibel, Saarbrücken, 1992.

Geertz; Clifford; Dichte Beschreibung (Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme), Frankfurt am Main, 1983

Kühl, Stefan; Organisationen in der Weltgesellschaft (Zur Rolle der Entwicklungshilfe bei der Diffusion von Organisationen), 2005
http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/orgsoz/Stefan_Kuehl/pdf/Paper2.2005.-Organisationen-in-der-Weltgesellschaft.pdf; abgerufen am 20.01.2010.

Lenzen, Marcus; Die Rolle der NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit, 2001;
http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Diskussionspapiere/2001wp-band17.pdf, abgerufen am 20.01.2011.

Rodríguez-Carmona, Antonio, El proyectorado (Bolivia tras 20 años de ayuda externa), La Paz, 2009.

Strauss, Anselm; Continual Permutations of Action, 1993.

Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Hg. von Dirk Messner und Imme Scholz (Deutsches Institut für Entwicklung), Baden-Baden, 2005.

Quo vadis Nordafrika?

Wirtschaftspolitik in Marokko zwischen Rentierstaatlichkeit und kapitalistischer Marktwirtschaft

Stefanie Slaoui-Zirpins

In den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens wird die Persistenz autoritärer Herrschaft in besonders hohem Maße konstatiert (vgl. UNDP 2002 und 2009). Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler versuchen die Besonderheiten der politischen Systeme dieser Region häufig durch den Typ der Neopatrimonialen Herrschaft herauszuarbeiten (vgl. Bill, Springborg 1990: 152ff; Pawelka 2008: 37ff; Schlumberger 2008: 622ff). Der damit verbundene Fokus auf die Stabilität der autoritären Regime und die Dominanz rentierstaatlicher Strukturen (vgl. Albrecht, Schlumberger 2004: 371ff; Beblawi 1987: 49ff; Beck 2009: 25ff) versperrt jedoch den Blick für Dynamiken in Entwicklungsprozessen.

Die jüngsten Konflikte in Tunesien, Algerien und Ägypten machen in eindrucksvoller Art und Weise auf Probleme dieser Region aufmerksam. Bei einigen Akteuren wecken sie die Hoffnung auf politische Veränderungen hin zu mehr politischer Partizipation und schließlich zu Demokratisierung. Aus der Perspektive der politischen Ökonomie erscheint diese Hoffnung jedoch fraglich, da diese das Veränderungspotential von Revolutionen insbesondere dann, wenn die ökonomische Entwicklung eines Landes noch nicht weit fortgeschritten ist, in Frage stellt (vgl. Collier 2010: 33ff). Was nach dem Abtritt eines Diktators wie Ben Ali in Tunesien geschieht, ist unklar. Eine Analyse aus der Perspektive der politischen Ökonomie kann wichtige Anknüpfungspunkte auch für entwicklungspolitische Akteure darstellen.

Anhand eines in seiner politischen sowie ökonomischen Entwicklung häufig als vorbildlich für diese Region bezeichneten Beispiels, nämlich des marokkanischen, soll die Ambivalenz der Entwicklungsprozesse der Region näher dargestellt werden. Bezüglich der demokratischen Entwicklung Marokkos wird die These vertreten, dass die durch Monarchen nach dem Prinzip „teile und herrsche“ organisierte politische Öffnung, ähnlich wie in Jordanien, zwar unvollständig aber verhältnismäßig erfolgreich

ist (vgl. Owen 2004: 145ff; Perthes 2006: 383f). Seit 1983 wurden zahlreiche Politiken des Washington Consensus implementiert und in den 1990er Jahren galt Marokko als Paradebeispiel für Wirtschaftsreformen (vgl. Richards, Waterburry 2008: 179ff und 243ff). Probleme, die bereits am marokkanischen Beispiel aufgezeigt werden können, dürften in anderen Staaten folglich noch in weitaus höherem Maße relevant sein. Die durch diese Arbeit aufgezeigte Perspektive ist damit zwischen der Veränderungseuphorie der aktuellen politischen Debatte und der auf Stagnation fixierten Regionalforschung anzusiedeln. Es werden zuerst ältere soziale Strukturen thematisiert, die als vorkapitalistisch bezeichnet werden können. In einem weiteren Schritt wird auf die Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen eingegangen.

Begriffliche Erfassung vorkapitalistischer Gesellschaftsstrukturen

Auch wenn in der entwicklungspolitischen Debatte der Begriff „Neopatrimonialismus“ weit verbreitet ist, wird dieser im Folgenden vom Begriff des „Klientelismus“ unterschieden und deutlich gemacht, warum letzterer vorzuziehen ist. (Neo-) Patrimonialismus kann in Anlehnung an Max Weber als die um einen bürokratischen Apparat erweiterte Herrschaftsform des Patriarchats verstanden werden. Diese Form traditionaler Herrschaft wird von einigen Forschern in reinster Form in den arabisch-islamischen Monarchien gesehen. In dieser Lesart werden politökonomische Fragen von Unter- und Überordnung allerdings stark moralisch aufgeladen und aus der Geschichte orientalischer Gesellschaften abgeleitet (vgl. Bill, Springborg 1990: 152ff; Pawelka 2008: 37ff). Der Begriff des Klientelismus ist breiter und dessen Ursprünge werden nicht in historischen Wurzeln, sondern in ökonomischen Entwicklungsdefiziten gesehen. In den Worten von Schwarz: „Rent allocation may preserve traditional elements in Arab society, but it certainly does not create them“ (Schwarz 2008: 610). Deswegen wird im Folgenden der Begriff Klientelismus benutzt, um Gesellschaftsstrukturen zu erfassen, welche durch informelle personale Beziehung zwischen Menschen in verschiedener Position und mit ungleicher Machtausstattung geprägt sind. Mit der Entwicklung des bürokratischen Staates wird der Patron zu einem Broker in Politik oder Verwaltung, welcher den Zugang zu staatlichen Ressourcen ermöglicht (vgl. Richards, Waterburry 2007: 326ff). Klientelismus ist dabei vom Begriff der Korruption abzugrenzen. Klientelismus beschreibt dauerhaftere Beziehungen als Korruption.

tion und ist nicht per se illegal. Entwicklungspolitische Strategien sollten insbesondere diese dauerhaften gesellschaftlichen Strukturen in den Blick nehmen.

Gründe für die Persistenz klientelistischer Gesellschaftsstrukturen

Wie kommt es nun zu diesen durch Klientelismus geprägten Gesellschaftsstrukturen? In der Berichterstattung zu den aktuellen Konflikten in Nordafrika werden im Wesentlichen die autoritären politischen Systeme als Konfliktursachen dargestellt. Nach der hier vertretenen Auffassung sind diese jedoch eher die Folge als die Ursache gesellschaftlicher Probleme, die im Folgenden näher beschrieben werden sollen.

Die Arbeitsmärkte in der MENA-Region stehen unter immensem Druck. Die Region hat die höchste Fertilitätsrate weltweit. Für die Erwerbsbevölkerung wurde für den Zeitraum 2000-2010 ein jährliches Wachstum von 3,4% angenommen. Für die anderen sich entwickelnden Regionen lag diese Rate zwischen 0,8% und 2,2%. In den 1980er und 1990er Jahren führte das steigende, immer besser ausgebildete Arbeitskräfteangebot in Verbindung mit ökonomischen Krisen, einem überholten Entwicklungsmodell sowie teilweise radikal umgesetzten Strukturanpassungsprogrammen zu steigenden Arbeitslosenzahlen in der gesamten Region. Bis heute hat sich diese Situation kaum verbessert, sondern radikalisiert sich vielmehr. Insbesondere junge, höher gebildete Menschen, die zum ersten Mal eine Beschäftigung suchen, haben große Schwierigkeiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt. Sie stellen rund 50% der Erwerbslosen dar (vgl. Yousef 2004: 101ff).

Aufgrund dieser hohen Arbeitslosenzahlen kann man sagen, dass in Nordafrika weite Bevölkerungsteile marginalisiert sind. Aber auch Marginalität im Sinne von Beschäftigung unterhalb der Reproduktionskosten ist weit verbreitet. Dies wird an den Unterbeschäftigungsraten in der Landwirtschaft und einer immensen Bedeutung der informellen Wirtschaft deutlich. Beispielsweise sind im marokkanischen Agrarsektor fast 50% der Erwerbstätigen beschäftigt, er weist jedoch nur eine geringe volkswirtschaftliche Bedeutung (18,8% des Brutto-Inlands-Produkts/BIP) auf. Mitte der achtziger Jahre ermittelte eine Studie in den ländlichen Gebieten Marokkos eine Unterbeschäftigungsrate von 23,3% und auch heute wird noch Unterbeschäftigung in hohem Maße vermutet. Für eine insgesamt weitgehend schlechte Situation von Arbeit auf dem Land sprechen auch die starken Tendenzen zur Verstädterung. Die Urbansierungs-

rate in Marokko stieg von 41,1% im Jahr 1980 auf 55,9% im Jahr 2001. Die Wohlstandsunterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind eklatant. Allerdings bedeutet der Wegzug in eine der großen Städte für viele Menschen keine sehr gute Perspektive: In Bidonvilles lebend leiden viele unter schlecht bezahlten Tätigkeiten in der informellen Wirtschaft/Marginalität oder Arbeitslosigkeit/Marginalisierung (vgl. White 2008: 92). Der Anteil der Erwerbstätigen in der urbanen informellen Wirtschaft wird auf ca. 40% der nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten geschätzt (vgl. Achy, Sekkat 2007: 112).

Im Anschluss an den Rentierstaatsansatz von Hartmut Elsenhans kann durch die hohe Bedeutung von Marginalität und Marginalisierung die Bereitschaft von Menschen, sich in klientelistische Beziehungen zu begeben, erklärt werden: Weil marginale bzw. marginalisierte Arbeitskräfte bei unbedeutenden Qualifikationsunterschieden mit schon Beschäftigten nicht aufgrund des Angebots eines höheren Arbeitsergebnisses konkurrieren können, müssen sie nicht-wirtschaftliche Güter anbieten. Sie können ihren Lebensunterhalt nur durch Hilfe seitens oder Gewalt gegenüber dem produktiven Teil der Gesellschaft bestreiten (vgl. Elsenhans 2001: 35ff; Elsenhans 1995: 197). Rachid Ouissa spitzt den Extremfall dieser Perspektive folgendermaßen zu: „Durch Rentenakkumulation und Rentendistribution gewinnt der Staat ein hohes Maß an Autonomie gegenüber der Gesellschaft und bindet zugleich die diversen Gruppen der Gesellschaft klientelistisch an sich. Jegliche Autonomie dieser Gruppen wird somit erschwert oder gar unmöglich gemacht. Der Staat bleibt somit in allen Bereichen involviert: politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen. Diese Bereiche werden dadurch monopolisiert, so dass keine ‚staatsfreien Sphären‘ für eine eventuelle Zivilgesellschaft übrig bleiben“ (Ouissa 2009: 80).

Wege aus der Rentenfalle

Renten werden nach diesem Verständnis allerdings nicht (nur) als externe Renten verstanden. Viele Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler konzentrieren sich allein auf externe Renten, da zahlreiche Rentierstaatskonzepte am Beispiel von Öl-Rentierstaaten entwickelt wurden (vgl. z.B. Beblawi 1987). Weil Ölrnten in diesen Staaten einen immensen Anteil des Bruttoinlandsprodukts ausmachen und produktive Sektoren nur in sehr geringem Umfang vorhanden sind, haben diese Ansätze den Vorteil großer analytischer Klarheit. Zentrale These ist, „dass sich in Staa-

ten mit hohem Rentenbezug autoritäre Strukturen verfestigen und entwicklungspolitisch defizitäre Wege beschritten werden“ (Beck 2009: 25). Neben Tunesien ist Marokko jedoch einer der Staaten der arabischen Welt, die ihre Bevölkerung am stärksten besteuern und dabei langsam an OECD-Maßstäbe heranreichen (vgl. Schwarz 2008: 605f). Der umfassendere Rentenbegriff der Volkswirtschaftslehre ist deswegen vorzuziehen. Die subjektivistisch begründete Grenznutzenschule versteht Renten als Überpreise oder Unterkosten als Folge von Marktunvollkommenheiten (vgl. Schmid 1997: 30ff).

Weil insbesondere durch Strukturanpassungsmaßnahmen weniger Renten durch staatliche Eliten verteilt werden können, können auch immer weniger Menschen in klientelistische Gesellschaftsstrukturen eingebunden werden (vgl. Elsenhans 1994: 71ff; Elsenhans 2004: 697ff). Die einen schaffen es, Beschäftigung in der sich entwickelnden Privatwirtschaft zu finden. Andere schaffen dies nicht, was als eine zentrale Ursache für die sozialen Unruhen der Region gesehen werden kann. Entwicklungspolitische Strategien können sich deswegen nicht allein auf die Reduzierung von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft konzentrieren, sondern sollten sich in erster Linie mit der Schaffung von Beschäftigung auseinandersetzen. Hierzu ist es unerlässlich, nicht nur die oben beschriebenen rentierstaatlichen Strukturen, sondern insbesondere auch dynamische Entwicklung innerhalb der stärker marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsbereiche zu erfassen.

Marktwirtschaftlich-kapitalistische Organisationsformen und die Herausbildung von Zivilgesellschaft

Mittlerweile kann Marokko neben der Türkei und Ägypten zu den Newly Industrializing Countries der MENA(Middle East and North Africa)-Region gezählt werden. Diese Zuordnung ist zwar noch nicht common sense, da die marokkanische Wirtschaftsleistung insgesamt noch nicht hoch genug ist, doch erscheint diese Zuordnung trotzdem sinnvoll, da diese Staaten folgende Strukturmerkmale teilen: wenige oder keine Ölvorkommen, relativ hohe Bevölkerungszahlen, vergleichsweise gutes landwirtschaftliches Potential sowie längere Erfahrungen mit industrieller Produktion (vgl. Richards, Waterbury 2008: 68). Die Differenzierung zwischen sich entwickelnden Ländern, entwickelten Ländern und Emerging Markets führt zu einer ähnlichen

Klassifizierung: Auf dem afrikanischen Kontinent zählt Marokko neben Ägypten und Südafrika zu dieser Ländergruppe (vgl. Sieper 2008: 115).

Der marokkanische privatwirtschaftliche Sektor ist jedoch hoch konzentriert. Es gibt eine kleine Zahl von großen Holdings, die von wenigen einflussreichen Familien kontrolliert werden. Diese haben ihren Ursprung häufig im Textilbereich und haben ihren Einfluss im Laufe der Zeit in verschiedenste Bereiche ausgedehnt. Diese „Familienunternehmen“ verfügen über gute Beziehungen zu Politik, Verwaltung und Königshaus: „Les grands entrepreneurs marocains sont généralement sur plusieurs fronts et bénéficient de la proximité des centres de décision aussi bien économique que politique. De la sorte, ils sont très bien informés sur les tendances des marchés et sur les meilleures opportunités“ (l'observateur 24.12.2008). Diese Gruppen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Handel innerhalb der eigenen Gruppe sowie durch eine komplexe Managementstruktur aus. Es werden sowohl Exporte als auch die Versorgung des potentiell umfangreichen Binnenmarktes angestrebt (vgl. Cammett 2004: 249ff). Diese Form der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und staatlichen Akteuren kann jedoch nicht mehr als Klientelismus beschrieben werden, da hier Marktmechanismen wirksam sind, welche das strikte Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Patron und Klienten durchbrechen. Dieser Koordinationsmechanismus kann vielmehr als Clan bezeichnet werden und ist gekennzeichnet von einer engen Koordination zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Eliten auf Basis gemeinsamer Werte und einer gleichzeitig relativ autonomen Rolle privaten Kapitals (vgl. Ouchi 1980: 129ff; Nölke 2011).

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft verändern sich folglich die gesellschaftlichen Strukturen weg vom Idealtyp des Klientelismus und insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure gewinnen an Autonomie. In Marokko lassen sich in diesem Bereich zwar einige Schwächen, aber auch einige innovative Tendenzen erkennen. Nach Catusse lässt sich seit Beginn der orthodoxen Wirtschaftsreformen ein regelrechter Boom an Interessensvertretungen der Arbeitgeberseite ausmachen. „Les entrepreneurs“ haben die Bühne der Politik auf eine Weise betreten, wie es zuvor nicht bekannt war (vgl. Catusse 2008: 9ff). So ist beispielsweise die Lobbypower der exportorientierten verarbeitenden Industrie in Marokko laut einer neueren Studie von Nabil, Keller und Veganzones eine der höchsten der Region und nur geringfügig

niedriger als in Europa und Zentralasien (vgl. Nabil et. al. 2008: 124). Cammett macht am Beispiel der Textilindustrie deutlich, dass die ökonomischen Veränderungen durch das Aufstreben neuer Produzentengruppen auch zu Veränderungen der Beziehungen zwischen wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren führten (vgl. Cammett 2004: 245ff). Auch wenn die Bedeutung der Gewerkschaften im Vergleich mit Europa gering ist (nur rund 10% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert), so lassen sich für Marokko doch Einflüsse der Gewerkschaften auf die politische Entscheidungsfindung aufzeigen (vgl. El-Mikawy, Pripstein Posusney 2002: 52ff; Bill, Springborg 1990: 88). Ähnlich ambivalent können die Aktivitäten der Parteien bewertet werden. Von besonderer Relevanz ist, dass die oppositionellen Sozialdemokraten, die USFP, als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen 1997 hervorgingen und zusammen mit der Parti Istiqlal die Regierung bildeten. Diese Einbeziehung der historischen Opposition führte zu einer allgemeinen Aufbruchstimmung im Land und zu einem beachtlichen Wechsel innerhalb der Staatselite (vgl. Perthes 2006: 384ff; Vermeren 2006: 85ff).

Das Problem fehlender Innovation

Seit Ende der neunziger Jahre wächst in Marokko wie in anderen Staaten der Region das Problembewusstsein bezüglich fehlender Innovationen. Mehr staatliche Förderprojekte für den Bereich Forschung und Entwicklung werden gefordert und die Tendenz zu Risiko vermeidender Unternehmensführung aufgrund staatlichen Protektionismus kritisiert (vgl. Djeflat 1996: 32ff). Insbesondere in den exportorientierten Sektoren wird immer mehr versucht, durch *systemes productives locales* (SPL) bzw. Kompetenzzentren, Cluster oder Distrikte Innovation auf lokaler Ebene durch die Zusammenarbeit von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Akteuren zu fördern (vgl. Eddelani 2009: 133ff). Dabei wird die Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen aufgewertet. Es scheint sich zumindest auf konzeptioneller Ebene immer mehr ein modernes Innovationsverständnis durchzusetzen (vgl. Bousseta, Ezznati 2009: 7ff).

Aufgrund fehlender Innovationen und damit verbundenen wirtschaftlichen Probleme werden folglich die traditionellen Koordinierungsmechanismen im wirtschaftlichen Bereich hinterfragt. Fraglich ist, inwiefern Innovation auch tatsächlich realisiert wird. Beispiele für dieses neue Verständnis von Innovationstransfer und Koordination sind insbesondere Techno- bzw. Offshoring-Parks. In diesen werden den dort installierten

Unternehmen möglichst optimale Arbeitsbedingungen und Vergünstigungen sowie gute Möglichkeiten der Vernetzung untereinander und mit öffentlichen Akteuren geboten. Innerhalb dieser Parks scheinen sich zwischen den installierten Unternehmen und (halb-)staatlichen Institutionen sowie innerhalb der Unternehmens-Community Beziehungstypen herauszubilden, die sich von älteren Koordinierungsmechanismen unterscheiden. Der Zugang zum Technopark setzt weder klientelistische Beziehungen noch die Zugehörigkeit zu einem der dominierenden Clans voraus, sondern mit der Installation im Technopark verändern sich die Beziehungen zu staatlichen als auch marktwirtschaftlichen Akteuren (vgl. Assens, Abittan 2010: 157ff).

An diesem Abriss wird deutlich, dass sich gesellschaftliche Strukturen und deren ökonomische Basis nur sehr langsam verändern – selbst im von verschiedenen Seiten gelobten marokkanischen Beispiel. Wenn es im Zuge von sozialen Unruhen also zu Regierungswechseln kommt, ist nur verhaltener Optimismus geboten. Eine neue Regierung kann demokratische Entwicklung ermöglichen. Eine solche Entwicklung benötigt jedoch eine ökonomische Basis, welche den Menschen die Freiheit gibt, ihre Interessen unabhängig zu vertreten.

Literatur

Achy, Lahcen, Sekkat, Khalid : *L'économie marocaine en question (1956-2006)*, Paris, 2007.

Albrecht, Holger, Schlumberger, Oliver : "Waiting for Godot : Regime Change without Democratization in the Middle East". In : *International Political Science Review/Revue Internationale de science politique*, Vol. 25, No. 4, Oct. 2004, S. 371-392.

Assens, Christophe, Abirran, Yoni: Networking et Pôles de Compétivité : Le Cas du Technopark de Casablanca, in : *innovations* 2010/1, no. 31, S. 157-180.

Beblawi, Hazem: "The Rentier State in the Arab World". In: Beblawi, Hazem, Luciani, Giacomo: *The Rentier State*, New York, 1987, S. 49-62.

Beck, Martin: „Rente und Rentierstaat im Nahen Osten“. In: Beck, Martin, Harders, Cilja, Jünemann, Annette, Stetter, Stephan (Hg.): *Der Nahe Osten im Umbruch*, Wiesbaden, 2009, S. 25-49.

Bill, James A., Springborg, Robert: *Politics in the Middle East*, New York, 1990.

Bousseta, Mohamed, Ezznati, Mohammed : Introduction, in : Bousseta, Mohamed, Ezznati, Mohammed (Hg.): *Gouvernance, territoires et pôles des compétitivité*, Paris, 2009, S. 7-18.

Cammett, Melani: "Challenges to Networks of Privilege in Morocco: Implications for Network Analysis". In: Heydemann, Steven (Hg.): *Networks of Privilege in the Middle East. The Politics of Economic Reform Revisted*, New York, 2004, S. 245-279.

Catusse, Myriam: *Le temps des entrepreneurs? Politique et transformations du capitalisme au Maroc*, Paris, 2008.

Collier, Paul: *Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann*, München, 2010 (englisches Original: *The Bottom Billion. Why the poorest countries are failing and what can be done about it*, New York, 2007).

Djefflat, Abdelkader: "Strategies for Science and Technology-based Development and Transition: The Maghreb Perspective". In: Zwadie, Girma, Djefflat, Abdelkader: *Technology and Transition. The Maghreb at the Crossroads*, Lodon/Protland, 1996, S. 32-46.

Eddelani, Oumhani : "Le cluster : ecosysteme d'innovation et incubateur d'organisations compétitives, cas de la région de Fés Boulmane". In : Bousseta, Mohamed, Ezznati, Mohammed (Hg.): *Gouvernance, territoires et pôles des compétitivité*, Paris, 2009, S. 133-168.

El-Mikawy, Noha, Pripstein Posusney, Marsha : "Labor Representation in the Age of Globalization: Trends and Issues in Non-Oil-Based Arab Economies". In: Handoussa, Heba, Tzannatos, Zafiris (Hg.): *Employment Creation & Social Protection in the Middle East and North Africa*, Cairo/New York, 2002, S. 49-94.

Elsenhans, Hartmut: „Die Behinderung der Institutionenbildung durch Renten: Die Herausforderung der derzeitigen Globalisierung“. In: Benz, Arthur, Siedentopf, Heinrich, Sommermann, Karl-Peter: *Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung*. Festschrift für Klaus König zum 70. Geburtstag, Berlin, 2004, S. 697-712.

Elsenhans, Hartmut: *Das Internationale System zwischen Zivilgesellschaft und Rente*, Münster, 2001.

Elsenhans, Hartmut: „Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung“. In: Schäfer, Hans-Bernd (Hg.): *Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern*, Berlin, 1995, S. 193-221.

Elsenhans, Hartmut: „Zur politischen und ökonomischen Lage in Algerien“. In: Souchon, Lennart, Pothoff, Martin: *Die sicherheitspolitische Lage im Mittelmeerraum*, Berlin/Bonn/Herford, 1994, S. 71-90.

Lobservateur/Arif, Hakim: L'histoire des riches du Maroc, 24.12.2008, <http://www.observateur.ma/interne.php?reference=1450> Rev. 25.8.2010.

Nabil, Mustapha K., Keller, Jennifer, Nassif, Claudia, Silva-Jáuregui, Carlos: "The Political Economy of Industrial Policy in the Middle East and North Africa". In: Galal,

Ahmed (Hg.): *Industrial Policy in the Middle East and North Africa*, Cairo/New York, 2008, S. 109-136.

Nölke, Andreas: Die BRIC-Variante des Kapitalismus und soziale Ungleichheit: Das Beispiel Brasilien, in: Burchardt, Hans-Jürgen, Wehr, Ingrid (Hg.): *Der verweigerte Sozialvertrag: Politische Partizipation und blockierte soziale Teilhabe in Lateinamerika*, Baden-Baden, im Erscheinen.

Ouaissa, Rachid: „Dynamik der Staatsklasse zwischen Konsolidierung und Segmentierung am Beispiel Algerien“. In: Beck, Martin, Harders, Cilja, Jünemann, Annette, Stetter, Stephan (Hg.): *Der Nahe Osten im Umbruch*, Wiesbaden, 2009, S. 78-99.

Ouchi, William G.: „Markets, Bureaucracies and Clans“. In: *Administrative Science Quarterly*, 1980, Vol. 25, S. 129-141.

Owen, Roger: *State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East*, 3. Auflage, London, 2004.

Pawelka, Peter: „Der orientalische Staat im 21. Jahrhundert: Zur Reinkarnation des vormodernen Staates in einer globalisierten Welt“. In: Pawelka, Peter (Hg.): *Der Staat im Vorderen Orient. Konstruktion und Legitimation politischer Herrschaft*, Baden-Baden, 2008, S. 37-54.

Perthes, Volker: „Maghrebische Umbrüche. Vom verordneten Wechsel zum post-islamistischen Konflikt“. In: Ders.: *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2006, S.380-415.

Richards, Alan, Waterbury, John: *A Political Economy of the Middle East*, Boulder, 2008.

Schlumberger, Oliver: „Structural Reform, economic order, and development: Patrimonial Capitalism“. In: *Revue of International Political Economy* 15:4, Oct. 2008, S. 622-649.

Schmid, Claudia: „Rente und Rentierstaat: Ein Beitrag zur Theoriegeschichte“. In: Boeckh, Andreas, Pawelka, Peter (Hg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*, Opladen, 1997, S. 28-50.

Schwarz, Rolf: „The political economy of state-formation in the Arab Middle East: Rentier states, economic reform, and democratization“. In: *Review of International Political Economy*, 15:4, October 2008, S. 599-621.

Sieper, Hartmut: *Investieren in Afrika. Profitieren auch Sie von Reichtum des Schwarzen Kontinents*, München, 2008.

United Nations Development Program (UNDP 2009), Arab Foundation for Economic and Social Development 2009e: Arab Human Development Report 2009. Challenges to Human Security in the Arab Countries, <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2009e.pdf> Rev. 22.12.09.

United Nations Development Program (UNDP 2002), Arab Foundation for Economic and Social Development: Arab Human Development Report 2002. Creation Opportu-

nities for Future Generations, http://hdr.undp.org/en/reports/regionalreports/arabstates/RBAS_ahdr2002_EN.pdf Rev. 4.3.09.

Vermeren, Pierre: *Histoire du Maroc depuis l'indépendance*, Paris, 2006.

Yousef, Tarik M.: "Development, Growth and Policy Reform in the Middle East and North Africa since 1950". In: *The Journal of Economic Perspectives*, Vol. 18, No. 3, Summer 2004, S. 91-115.

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN



Tobias Debiel

Goodbye to Good Governance?

How the development discourse
copes with state failure



Overview



1. **Introduction: Shifting Paradigms**
2. **1989 and the 1990s: The rise and reign of ‘good governance’**
3. **Good governance and the role of the state**
4. **Rediscovering ‘difficult partners’**
 - 4.1 Engaging with ‘difficult partners’: A counter-intuitive lesson learned
 - 4.2 The post-9/11 consensus: The securitization of fragile statehood
 - 4.3 Contours of the emerging ‘state-building paradigm’
5. **The state-building panacea?**
6. **Conclusion**
7. **Selected Sources**

1. Introduction: Shifting Paradigms



- Rise and fall of development paradigms
- Within two decades: from good governance to 'good enough' governance and state-building concepts
- Late 1980s: 'good governance' as the key to development
- fragile states appeared on the agenda
- Millennium Development Goals (MDGs) are beyond the reach of these countries
- development policies have experienced a shift towards state-building
- strategic re-orientations of major donor organizations caused the new 'state-building paradigm' in development policy

1. Introduction: Shifting Paradigms



- Influential actors in the development discourse:
 - World Bank
 - OECD's Development Assistance Committee (OECD/DAC)
 - national actors: USAID, DFID
 - network of academics/academic institutions and commissions
- neither the heterogeneity among these actors nor the reflexive interaction between them should be overlooked
- Reconstruction of this process, influenced by research, hegemony within discourses, political developments/challenges

2. 1989 and the 1990s: The rise and reign of 'good governance'



- origins of the term 'good governance' can be traced back to 1989
- During the 1980s: Bretton Woods institutions had begun to prescribe a set of orthodox macroeconomic policies: SAPs
- end of the 1980s: mounting problems with this approach
 - shock therapy (social costs)
 - ambiguous results
 - New Institutional Economics (NIE)
- crisis of 'governance', defined as 'the exercise of political power to manage a nation's affairs' (World Bank 1989: 60): 'deus ex machina' (Illy 1994)
- 1992: operational concept of good governance



2. The rise and reign of 'good governance'



- Critics
 - reconceptualising selected political categories to fit economic forms of understanding and expression
 - watering down 'good governance'
- Political realignment at the end of the Cold War increased the impact of the World Bank study
 - bilateral donors enthusiastically adopted the optimistic brand name of 'good governance' and expanded the agenda
 - notion that 'good governance' was an essential precondition for development thus became firmly entrenched
- Restructuring of development policy led to a review of aid allocation priorities away from unstable and fragile states
- Burnside and Dollar (2000): aid spurs growth but only in those countries with good policy environments (Aid, Policies and Growth)
- Collier and Dollar (2002): put greater emphasis on variables for institutional quality as key for aid effectiveness / relevance for fragile states

2. The rise and reign of 'good governance'



- Widespread acceptance of methodologically weak research findings, not only because of the Bank's discourse hegemony *alone*; but also:
 1. functionally able to meet what was widely perceived as major new challenges, providing
 2. intuitively strong, 'tangible' quantitative arguments for increasingly demanded policy changes
 3. compatible with existing frames of reference
- 1992-2002 research shows that fragile states not only been under-aided but aid flows have also been twice as volatile as those to other low income countries

3. Good governance and the role of the state



- Proper institutions for managing adjustment, orthodox state model still framework of reference,
- emphasis put on the capacity of the state to guarantee
the minimal functions left
- ‘good governance’ approach interpreted in differing ways
- breakthrough: ‘rehabilitation of the state’ (World Development Report 1997)
 - ‘effective state’ is needed
 - general list of ‘minimal’ functions, ‘intermediate’ functions and ‘activist Functions’
- 1990s saw a ‘new recognition of the *priority* of strength over scope’ (Fukuyama 2004)
 - successive shift of the World Bank’s approach: new strategies for the strengthening of fragile states

3. Good governance and the role of the state



Counter-discourse (based on Asian experiences; Mushtaq Khan 2002, 2006)

- Developmental state interfered in property rights and devised rent-management systems
- no valid proof that good governance is an essential precondition for growth
- 'growth-enhancing' elements of state governance may be more important than 'market-enhancing' ones
- plus Rodrik (2004): first-best solutions are not necessarily beneficial for second-best environments

What lessons can we learn from the debate?

1. expanding the scope of state activity is more difficult in fragile states with low institutional capabilities
 2. questioning the appropriateness of certain alleged 'minimal' functions and institutional 'first-best'-solutions (Rodrik 2004) in low-income contexts
 3. state needs political support from societal forces as well as a sufficient degree of autonomy
1. Is 'good governance' really is an essential cause for development, particularly for low-income countries?
 2. Importance of balanced distribution of socioeconomic power resources to explain successful democratic consolidation
 - How does external aid influence this balance



4. Rediscovering 'difficult partners'



- Donors became increasingly frustrated about the lack of progress that a significant number of developing countries exhibited in terms of socio-economic as well as democratic development
- Bifurcation of donor policies:
 - Millennium Challenge Account (MCA) – USA 2004
 - vs. 'difficult partners' approach (OECD/DAC)

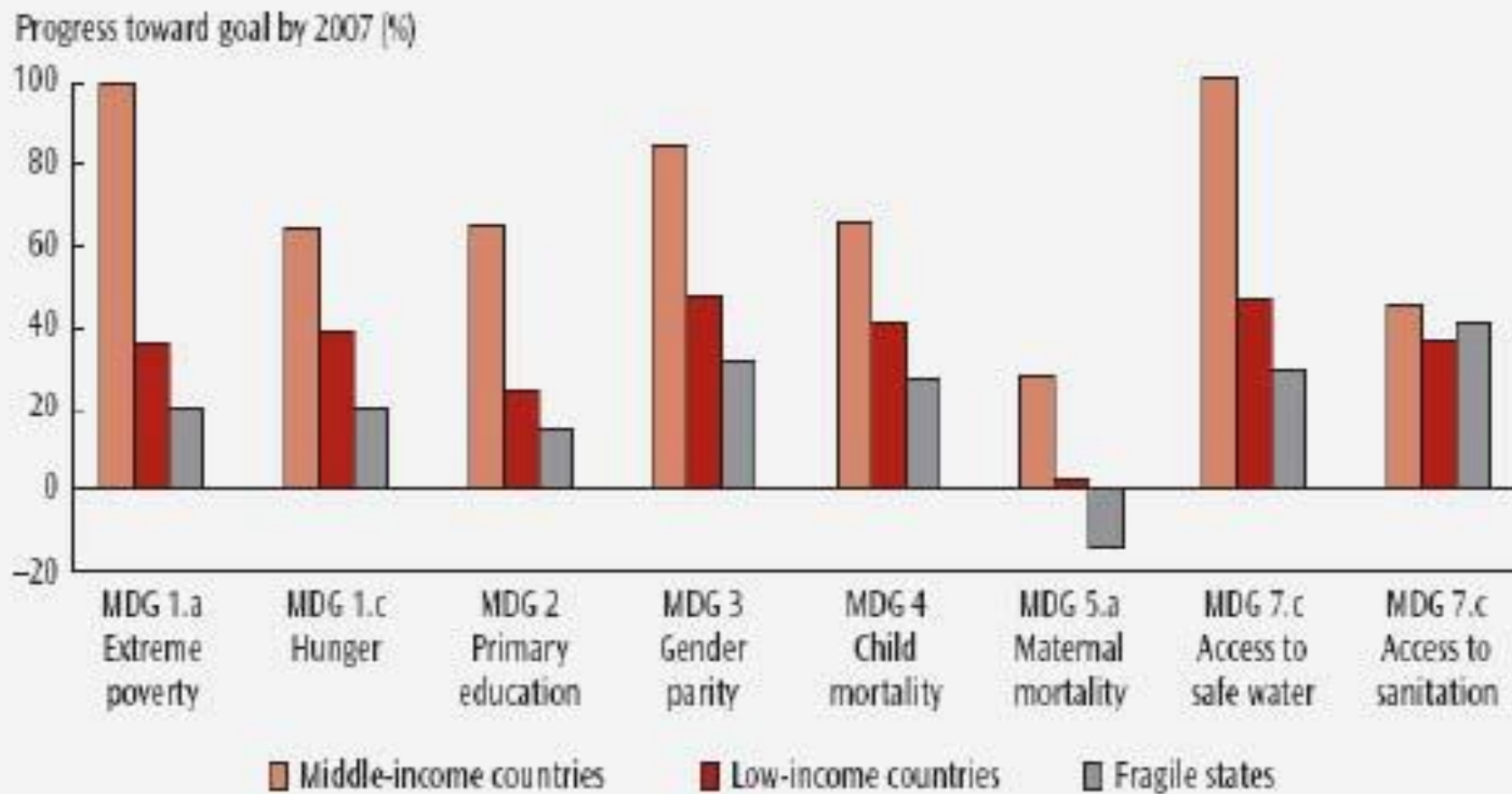


4.1 Engaging with 'difficult partners': A counter-intuitive lesson learned



- Collier and Hoeffler address the growing policy gap towards crisis countries
- World Bank Study on Low-income countries under stress (LICUS) revealed: 160 projects in 20 LICUS with \$ 4.4 bio., more than half of them failed
- Failure to achieve MDGs

FIGURE 2 Fragile states have made the least progress toward the MDGs



Source: Staff calculations based on World Development Indicators database.



4.2 The post-9/11 consensus: The securitization of fragile



- 9/11 did not *cause* the rethinking of development policy, but rather helped speed up the transition by bringing the security aspects of fragile statehood to the foreground
- Western security discourse put the issue of failing and failed states at the centre of on its own agenda (NSS 2002, ESS 2003)
- it often took a year or two before the security branch of government noticed the necessity of capacity-building expertise
- USAID “Failed States Strategy” (2005)



4.3 Contours of the emerging 'state-building paradigm'



- Shift towards a new concept of 'state building'
Concepts of state-building:
 - Historic process
 - Modernization theory
- 1990s: terms 'state-building' and 'nation-building' re-entered the discourse of international politics: external actors should facilitate „short cut to the Weberian state“ (Ottaway 2002)

Shared Principles within the State-building Discourse:

1. consensus is now to 'stay engaged but differently'
2. short-term measures are supposed to match with restricted capacities in the partner institutions
the prevalent approach differentiates partner governments along criteria of institutional capacity and development orientation

4.3 Contours of the emerging 'state-building paradigm'

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN



But also remarkable Differences:

1. Poverty Reduction vs. Security Interests
2. long-term institutional reforms vs. 'sticks and carrots'
3. Role of 'change agents' and veto players

Outcome of the debate

- 2003-5 aid flows increased by 65 % compared to 2000-2
- but two-thirds of the \$4 bio. went to seven post-conflict countries (Afghanistan, Angola, Burundi, DRC, Guinea-Bissau, Rep. of Congo, Timor-Leste)
- of the remaining countries four received the lion's share (Nigeria, Cambodia, Laos, Uzbekistan)

5. The state-building panacea?



'Appeal' of the state-building framework:

- integrating development, security, and crisis prevention concerns
- but: efforts at post-conflict state-building are frequently hampered by overly ambitious goals

➤ Competing Approaches as a result:

- 'Security First' strategy
- concept of 'good enough governance'
- nation-building
- addressing civil society

Analytical short-comings of the state-building framework:

- clear understanding of domestic state-formation is missing
- Hybrid Political Orders as realities: integration of diverse (quasi-)legal and power spaces into state structures into a comprehensive arrangement of governance



5. The State-building Panacea?



Short-comings at the Theory/Practice Interface

- State-building does not happen top-down, but is negotiated in coupled 'glocal' arenas (Schlichte/Veit 2007)
- Arenas as a localized field of power where agents from different levels meet
- three levels:
 - the metropolitan headquarters,
 - the national capital/base camp and
 - the 'bush office'
- Local elites have developed remarkable skill and finesse in capitalizing on selected parts of the 'state-building agenda'.
- The long chain of responsibility prevents international agents from truly adapting to local conditions. In contrast, local elites typically have networks of support, which gives them access to the local population.

6. Conclusion



- 1990s: international donors were reluctant to politically and financially engage under the difficult conditions of the breakdown and failure of states
- In recent years, international donors have successively recognized that it is neither feasible nor desirable to disengage fully from crisis countries
- many strategies to deal with fragile states are still based on a prescriptive OECD model of ‘good governance’ rather than a sound understanding of the complex societal dynamics of state formation in crisis regions
- External actors face severe dilemmas: The specificity of each country makes it almost impossible to coherently follow political guidelines and general sets of principles, norms, rules and practices established at the headquarters level.
- external state-building possible only in exceptional circumstances
- from Good-bye to Good Governance to “Farewell to State-building”?



7. Selected Sources



Burnside, Craig and David Dollar (2000) 'Aid, Policies, and Growth', *American Economic Review* 90 (4): 847-68.

Collier, Paul and David Dollar (2002) 'Aid Allocation and Poverty Reduction', *European Economic Review* 46 (8): 1475-500.

ESS (2003): A Secure Europe in a Better World – European Security Strategy. Brussels, 12 December 2003.

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf> [31.10.2010]

Fukuyama, Francis (2004a) *State Building: Governance and World Order in the 21st Century*, Ithaca: Cornell University Press.

Illy, Hans F. (1994): Der „Governance“-Diskurs der Weltbank. In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 25: 5/6, S. 128-130.

Khan, Mushtaq H. (2002) 'State Failure in Developing Countries and Strategies of Institutional Reform', Paper presented at the World Bank ASCDE Conference, Oslo, 24-26 June,

Khan Mushtaq H. (2006) 'Governance, Economic Growth and Development since the 1960s: Background Paper for the World Economic and Social Survey', New York: United Nations.

NSS (2002): National Security Strategy of the United States of America, Washington, September 2002.

<http://merln.ndu.edu/whitepapers/USnss2002.pdf> [31.03.2009]

Ottaway, Marina (2002): Rebuilding State Institutions in Collapsed States. In: *Development and Change* 33:5, 1001-1023.

Institute for Development and Peace

Faculty of Social Sciences



UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

7. Selected Sources



Rodrik, Dani (2004): 'Rethinking Growth Policies in the Developing World', Draft of the Luca d'Agliano Lecture in Development Economics, delivered on October 8, 2004, Torino.

Schlichte, Klaus/Veit, Alex (2007): Coupled Arenas: Why State-Building is so Difficult. Working Papers Micropolitics of Armed Groups 3/2007. Berlin: Junior Research Group "Micropolitics of Armed Groups".

USAID (2005): Failed States Strategy. U.S. Agency for International Development. Washington (January 2005, PD-ACA-999)
http://www.usaid.gov/policy/2005_fragile_states_strategy.pdf [31.03.2009]

World Bank (1989) *Sub-Saharan Africa: From crisis to sustainable growth: A Long-Term Perspective Study*, Washington D.C.: World Bank.

World Bank (1997) *The State in a Changing World: World Development Report 1997*, New York: Oxford University Press.



Autoreninfos

Sascha Czornohus

Jahrgang 1979; Politikwissenschaftler; promoviert an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zum Thema Hochschulbildung und Wissenschaft in der Entwicklungszusammenarbeit; Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungspolitik/-zusammenarbeit, Nachhaltige Entwicklung, Public Private Partnerships, Informations- und Kommunikationstechnologien, Hochschulbildung und Wissenschaft, lokales und globales Wissen.

Prof. Dr. Tobias Debiel

Jahrgang 1963; Arbeitsschwerpunkte: Staatsversagen und Weltordnungspolitik; Gewaltstrukturen und Entwicklungschancen im Zeitalter der Globalisierung; UN-Friedensoperationen im Rahmen von Global Governance; Staatsbildung und gewaltsame Konflikte; Strukturelle Stabilität und Menschliche Sicherheit in Subsahara-Afrika; Förderung von Good Governance unter den Bedingungen von Staatsversagen; State Building in Nachkriegsgesellschaften.

Katrin Dobersalske

Jahrgang 1983; Politikwissenschaftlerin; promoviert an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zum Thema Energie- und Klimapolitik der ASEAN; Schwerpunkte: Entwicklungspolitik/-zusammenarbeit, Nachhaltige Entwicklung, internationale Energie-, Umwelt- und Klimapolitik, lokales und globales Wissen.

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans

Jahrgang 1941; Politologe; emeritierter Professor der Internationalen Politik an der Universität Leipzig. Schwerpunkte seiner Lehre und Forschung sind Politökonomie des Internationalen Systems, Genese des Kapitalismus, Nord-Süd-Beziehungen, Entwicklungsstrategien und soziale Bewegungen in der Dritten Welt.

Johan Grußendorf

Jahrgang 1980; Historiker (M. A.); Stipendiat in der Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung und assoziiert am SFB 640 (Humboldt-Universität Berlin). Fragestellungen seiner Promotion sind Dynamiken zwischen Experten und polit. Öffentlichkeit, Visionen eines neuen Europas nach 1989 und europäische Selbst- und Fremdverständnisse in Deutschland und Frankreich.

René Michalsky

Jahrgang 1978, Soziologe und Philosoph. Schwerpunkte der Forschung: Biographieforschung, Entwicklungssoziologie, Interkulturalität, kollektive Identitäten/ Ethnizität, NGOs, neue soziale Bewegungen, soziale Wandlungsprozesse in Lateinamerika.

Stefanie Slaoui-Zirpins

Jahrgang 1983; Politologin; Doktorandin an der Universität Frankfurt. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Kapitalismusvergleiche, Rentierstaatlichkeit, Dezentralisierung, Politökonomie der MENA-Region und Euro-Mediterrane Zusammenarbeit sowie empirische Sozialforschung, insbesondere Netzwerkanalyse.

Programm

Montag, den 29.11.2010

- | | |
|---------------|---|
| bis 13.30 Uhr | Anreise |
| 14.00 Uhr | Begrüßung, Vorstellungsrunde
Erwartungsabfrage
<i>Dr. Martin Gräfe und Elena Espinosa</i> |
| 14.45 Uhr | Kaffeepause |
| 15.00 Uhr | <i>Prof. Dr. Hartmut Elsenhans</i> , Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig
„Rente als Chance und Gefahr bei der Überwindung von Unterentwicklung: Warum ohne Politökonomie kein Staat zu machen ist und deshalb die Entwicklungstheorie in der Krise ist.“ |
| 16.45 Uhr | Kaffeepause |
| 17.00 Uhr | Präsentation Promotionsvorhaben I
<i>Bettina Bunk und Stefanie Slaoui-Zirpins</i>
"Zwischen Kooperation, Kooptation und Konfrontation Governance und lokale Wirtschaftspolitik in Marokko und im Südlichen Afrika."

<i>Maren Knolle:</i>
"Influence of Participatory Structures on the Implementation of Social Standards. An Empirical Study in Chinese Factories" |
| 19.30 Uhr | Gemeinsames Abendessen in der FES |

Dienstag, den 30.11.2010

- 9.15 Uhr *Jochen Steinhilber*, FES, Leiter des Referats Globale Politik und Entwicklung in der Abteilung IEZ
„Entwicklungspolitische Perspektiven nach dem MDG-Gipfel“
- 10.45 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr Postersession (Stand 5.11.2010: Stefan Plenk, Robert Schütte, Johan Grußendorf, Doreen Strauhs, Katja Kirchstein)
- 12.00 Uhr Präsentation Promotionsvorhaben II
Mohamed Sidibé
„Eliten und Gesellschaft in der Côte d’Ivoire: Perzeptionen des Sozial- und Strukturwandels im Kontext von Identität und Gedächtnis“
- 13.00 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr *Prof. Dr. Tobias Debiel*, Institut für Politikwissenschaften, Universität Duisburg/Essen
“Good-bye to Good Governance? Zum Aufstieg und Fall eines entwicklungspolitischen Leitbildes“
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 15.45 Uhr Präsentation Promotionsvorhaben III
Hannah Neumann, Robert Schütte, Kabeya Kabambi
"Keine Entwicklung ohne Sicherheit - Staatszerfall und Wiederaufbau in der DR Kongo"
- 17.30 Uhr *Dr. Sascha Raabe, MdB*, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
„Globalisierung gerecht gestalten“
- 19.00 Uhr Gemeinsames Abendessen in der FES

Mittwoch, den 01.12.2010

- 9.00 Uhr Abstellen von Gepäck für die Rückreisenden
- 9.15 Uhr Präsentation Promotionsvorhaben IV
David Ewert
„Globale Gerechtigkeit“
- René Michalski*
**„Ethnographie und Biographieanalyse entwicklungs-
politischer Organisationen in Deutschland/ Europa und La-
teinamerika**
- 11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.15 Uhr Evaluation
- 12.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 Uhr Ende der Veranstaltung

